

Teil 2 Die Kunst des leisen Tötens Kapitel 7 DIE WIRTSCHAFT

1. Die Funktion der Armut

Der Lebensstandard des durchschnittlichen Amerikaners muss sinken ...

- Paul Volcker, Vorsitzender der Federal Reserve, New York Times, 18. Oktober 1979, S. 1, „Volcker behauptet, die USA müssten den Lebensstandard senken.“

„Geld ist Macht“. Genauer gesagt ist es die Kluft zwischen Arm und Reich, die zählt. Das Ziel der Elite ist es, die kapitalistische Struktur so beizubehalten, wie sie ist, mit einem entscheidenden Unterschied. In der Neuen Weltordnung wird es keine Mittelschicht geben. Im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft werden die Mittelschicht, die freien Märkte und die Wahlfreiheit der Verbraucher durch eine neofeudale Gesellschaft ersetzt, in der der Geldtrust einer verarmten Bevölkerung durch eine supranationale Technokratie Vorschriften macht. Dies ist internationaler Sozialismus, der zum Nutzen der Finanzelite betrieben wird, die die Wirtschaft besitzt und die entstehenden kontinentalen Politbüros kontrolliert. Der höfliche Name dafür lautet „Der dritte Weg“, aber weniger respektvolle Kommentatoren nennen es „Unternehmensfaschismus“. Die Unternehmen brauchen die Regierung, um die Wahlfreiheit der Verbraucher auf dem Markt einzuschränken und es dem Kartell zu ermöglichen, zu bestimmen, was wir kaufen, verkaufen oder sogar in unseren eigenen vier Wänden tun können. Der „Dritte Weg“ ist der Weg zur Utopie für unsere selbsternannten Philosophenkönige, die von Leuten wie Bill Clinton, Tony Blair und Gerhard Schröder – ihren politischen Marionetten – propagiert werden. Es gibt keinen Unterschied zwischen den angeblich rechten und linken politischen Parteien hinsichtlich des endgültigen Ziels, auch wenn sie mit unterschiedlicher Geschwindigkeit darauf zuzusteuern scheinen.

Wirkliche Macht wird also dann erreicht, wenn die herrschende Klasse die materiellen Notwendigkeiten des Lebens kontrolliert und sie gewährt und vorenthält, als wären sie Privilegien, wie George Orwell es formulierte:

Von dem Augenblick an, als die Maschine zum ersten Mal auftauchte, war allen denkenden Menschen klar, dass die Notwendigkeit menschlicher Plackerei und damit weitgehend auch menschlicher Ungleichheit verschwunden war. Würde man die Maschine bewusst zu diesem Zweck einsetzen, könnten Hunger, Überarbeitung, Schmutz, Analphabetismus und Krankheiten innerhalb weniger Generationen ausgerottet werden. Es war aber auch klar, dass eine allgemeine Zunahme des Reichtums die Zerstörung ... einer hierarchischen Gesellschaft drohte. In einer Welt, in der jeder nur wenige Stunden arbeitete, genug zu essen hätte, in einem Haus mit Bad und Kühlschrank lebte und ein Auto oder gar ein Flugzeug besaß, wäre die offensichtlichste und vielleicht wichtigste Form der Ungleichheit bereits verschwunden. Wäre sie erst einmal allgemein verbreitet, würde Reichtum keine Unterschiede mehr machen. Eine solche Gesellschaft könnte nicht lange stabil bleiben. Denn wenn alle gleichermaßen Freizeit und Sicherheit genießen würden, würde die große

Masse der Menschen, die normalerweise vor Armut erstarren, lesen und schreiben lernen und lernen, für sich selbst zu denken; und wenn sie dies einmal getan hätten, würden sie früher oder später erkennen, dass die privilegierte Minderheit keine Funktion hatte, und sie würden sie hinwegfegen. Auf lange Sicht war eine hierarchische Gesellschaft nur auf der Grundlage von Armut und Unwissenheit möglich ... Es ist eine bewusste Politik, selbst die bevorzugten Gruppen irgendwo am Rande der Not zu halten, da ein allgemeiner Zustand der Knappheit die Bedeutung kleiner Privilegien erhöht und so den Unterschied zwischen einer Gruppe und einer anderen vergrößert ... Die soziale Atmosphäre ist die einer belagerten Stadt, in der der Besitz eines Stücks Pferdefleisch den Unterschied zwischen Reichtum und Armut ausmacht.

Der Unterschied zwischen Reichtum und Armut ist oft der Unterschied zwischen Freude und Schmerz. Orwell brachte diese Idee in der Folterepisode am Ende von 1984 auf den Punkt.

Wie kann ein Mensch seine Macht über einen anderen geltend machen, Winston? Indem er ihn leiden lässt. Gehorsam ist nicht genug. Wenn er nicht leidet, wie können Sie dann sicher sein, dass er Ihrem Willen gehorcht und nicht seinem eigenen? Macht besteht darin, Schmerz und Demütigung zuzufügen... Fortschritt in unserer Welt wird Fortschritt in Richtung mehr Schmerz sein.(1)

In *The Creature from Jekyll Island* erörtert G. Edward Griffin die Beziehung zwischen 1984 und *The Report From Iron Mountain: On the Possibility and Desirability of Peace* von Leonard Lewin. Es konnte nie geklärt werden, ob dieser 1966 veröffentlichte Bericht von einem Think Tank der US-Regierung verfasst wurde oder ob es sich um eine ausgefeilte politische Satire handelte. Am 26. November 1967 wurde der Bericht im Buchteil der *Washington Post* von Herschel McLandress besprochen, dem Pseudonym des Harvard-Professors John Kenneth Galbraith. Galbraith, der auch Mitglied des Council on Foreign Relations war, sagte, er wisse aus erster Hand von der Echtheit des Berichts, da er eingeladen worden sei, daran mitzuwirken. Obwohl er nicht Teil der offiziellen Gruppe sein konnte, wurde er von Zeit zu Zeit konsultiert und gebeten, das Projekt geheim zu halten. Obwohl er bezweifelte, ob es klug sei, die Öffentlichkeit über den Bericht zu informieren, stimmte er seinen Schlussfolgerungen voll und ganz zu. Für Griffins Vergleich spielt es keine Rolle, ob es sich um eine Satire handelt oder nicht. Der Bericht schreibt Orwell viele seiner Ideen zu und ist eine Blaupause für das, was seitdem passiert ist. Wichtig ist, dass er Orwells Ansicht zustimmt, dass Armut eine Voraussetzung für eine hierarchische Gesellschaft ist:

Der Fortbestand des Kriegssystems muss unter anderem deshalb sichergestellt werden, um die Qualität und das Ausmaß der Armut zu erhalten, die eine Gesellschaft als Anreiz benötigt, und auch um die Stabilität ihrer internen Machtorganisation aufrechtzuerhalten.

Die wirtschaftliche Zerstörung der weltweiten Mittelschicht ist weit fortgeschritten. Privatschulden, Insolvenzen und Arbeitslosigkeit nehmen rasant zu, während Investitionen an der Börse vernichtet werden und die Einkommen sinken. Wie die *Manchurian Candidates* hat die westliche Mittelschicht ihren wesentlichen Beitrag zur Schaffung der Technobükratie des neuen Feudalismus geleistet, der sie versklaven wird. Dieses Kapitel beschreibt sieben wichtige Methoden, die zur Senkung des Lebensstandards auf der ganzen Welt eingesetzt werden. Diese sind: 1. Geldmenge und Besteuerung; 2. Freihandel; 3. Freizügigkeit der Arbeitnehmer; 4. Umweltschutz; 5. Kriege; 6. das Strafrechtssystem; und 7. Krankheiten.

1. Geld- und Fiskalpolitik

Vieh bewirtschaftet das Land; Vieh beschäftigt Arbeitskräfte. Eine Steuer, die darauf abzielt, Vieh aus einem bestimmten Land zu vertreiben, würde dazu führen, dass jede Einnahmequelle sowohl

für den Souverän als auch für die Gesellschaft versiegt.

- Adam Smith, *Der Wohlstand der Nationen*

Die Steuerlast

Im Jahr 1900 betrug die kombinierte nationale und lokale Steuerlast in den USA lediglich 5,7 % des Einkommens. Im Jahr 2000 erreichte sie mit 33 % ihren historischen Höchststand. (2) Die Steuerlast in Großbritannien ist von 8,5 % des BIP im Jahr 1900 auf 31 % im Jahr 1963 und einen Höchststand von 39 % im Jahr 1982 gestiegen. Sie liegt jetzt bei etwa 38 %. (3)(4) Die Steuerlast in der EU beträgt jetzt durchschnittlich 40,5 %. (5)

Die Steuerlast für Familien mit mittlerem Einkommen ist parallel zum allgemeinen Anstieg gestiegen. 1958 zahlte eine amerikanische Familie mit zwei Verdienern (68.605 US-Dollar) durchschnittlich 17,9 Prozent ihres Einkommens an Steuern. 1998 lag dieser Prozentsatz bei 37,6 Prozent. Im Jahr 2000 machten Steuern einen größeren Anteil des Einkommens einer Familie mit zwei Verdienern (39 Prozent) aus als Lebensmittel (8,9 Prozent), Kleidung (3,9 Prozent), Wohnung (15,9 Prozent) und Transport (6,9 Prozent) zusammen. (6) In den USA liegt die Haushaltssteuer heute auf dem gleichen Niveau wie in Großbritannien Ende der 1970er Jahre und auf dem sie bis heute liegt: zwischen 35 und 40 Prozent des Haushaltseinkommens. (7)

Hohe Steuern auf Arbeit

Einer der verwirrendsten wirtschaftlichen Trends in den Vereinigten Staaten während der letzten 20 Jahre war die relative Stagnation der Reallöhne der Arbeiter. Einer der Hauptgründe für die stagnierenden Löhne ist, dass Steuern und andere staatliche Auflagen für Arbeitgeber stetig gestiegen sind und dadurch das Nettoeinkommen der Arbeiter verdrängt wurde.

Zusammengenommen erhöhen die Bundeseinkommenssteuer und die Lohnsteuer die durchschnittlichen Kosten für die Beschäftigung eines Arbeiters in der Fertigung um 28 %. (8)

In Europa ist die Lage noch schlimmer, aber die Starrheit des Arbeitsmarktes hat eher zu hoher Arbeitslosigkeit geführt als zu sinkenden Löhnen. 1970 war die Steuerquote in der EU ähnlich hoch wie in Amerika, aber dann stieg sie um 8 Prozentpunkte, hauptsächlich aufgrund einer Ausweitung des Wohlfahrtsstaates. Die Steuererhöhung wurde größtenteils auf die Arbeit erhoben. Der durchschnittliche effektive Steuersatz auf Arbeit ist in Europa etwa 10 Prozentpunkte höher als in den USA, mit Ausnahme von Großbritannien, Irland und Portugal, wo die Steuersätze ähnlich sind. Der durchschnittliche effektive Steuersatz auf Arbeit erreichte 1997 38% gegenüber 24% in den USA. Dies erklärt größtenteils die hohe Arbeitslosenquote. (9)

Die versteckte Steuer: die Inflation

Inflation ist eine weitere Form der Besteuerung. Es handelt sich um eine indirekte Steuer, die die Armen ebenso stark belastet wie die Reichen. In den frühen Phasen der Inflation profitiert die Geschäftswelt tatsächlich von den günstigen Krediten. Der Staat verursacht Inflation, indem er Schulden macht, und ist daher einer der Haupteintreiber dieser Steuer. Wie zu Beginn dieses Buches beschrieben, druckt die Zentralbank Geld, das sich der Staat leihen kann. John Maynard Keynes erklärte:

Lenin soll erklärt haben, dass die beste Methode, das kapitalistische System zu zerstören, die Entwertung der Währung sei. Durch einen fortwährenden Inflationsprozess können Regierungen heimlich und unbemerkt einen großen Teil des Vermögens ihrer Bürger konfiszieren. Mit dieser Methode konfiszieren sie nicht nur, sondern sie konfiszieren willkürlich; und während dieser Prozess viele verarmt, macht er einige in Wirklichkeit reicher ... Der Prozess setzt alle verborgenen Kräfte des Wirtschaftsgesetzes auf der Seite der Zerstörung ein und tut dies auf eine Weise, die nicht ein einziger Mensch unter einer Million Menschen diagnostizieren kann.

- John Maynard Keynes, Die wirtschaftlichen Folgen des Friedens, 1919, Kap. 6

Alan Greenspan führt aus:

Ohne seinen akademischen Jargon ist der Wohlfahrtsstaat nichts anderes als ein Mechanismus, mit dem Regierungen den Reichtum der produktiven Mitglieder einer Gesellschaft konfiszieren, um eine Vielzahl von Wohlfahrtsprogrammen zu unterstützen. Ein wesentlicher Teil dieser Konfiszierung erfolgt durch Steuern. Aber die Wohlfahrtsstaatler erkannten schnell, dass sie, wenn sie ihre politische Macht behalten wollten, die Höhe der Steuern begrenzen mussten und auf Programme massiver Defizitausgaben zurückgreifen mussten, d. h. sie mussten sich Geld leihen, indem sie Staatsanleihen ausgaben, um Sozialausgaben in großem Umfang zu finanzieren... Die Abkehr vom Goldstandard ermöglichte es den Wohlfahrtsstaatlern, das Bankensystem als Mittel zur unbegrenzten Kreditausweitung zu nutzen. Da die Geldmenge (von Forderungen) Wenn die Wirtschaft im Verhältnis zum Angebot an materiellen Gütern steigt, müssen die Preise letztendlich steigen. Somit verlieren die von den produktiven Mitgliedern der Gesellschaft gesparten Einkünfte an Wert in Gütern. Wenn die Bücher der Wirtschaft schließlich ausgeglichen sind, stellt man fest, dass dieser Wertverlust die Güter darstellt, die die Regierung für Wohlfahrts- oder andere Zwecke mit den Gelderlösen aus den durch die Kreditausweitung der Banken finanzierten Staatsanleihen gekauft hat.

- Alan Greenspan, Gold und wirtschaftliche Freiheit, The Objectivist, Juli 1966 (10)

Dieses neue Geld kann bis auf das Zehnfache vermehrt werden, wenn es durch die Geschäftsbanken fließt. Daher sind ihre privaten Kreditnehmer auch Steuereintreiber, wie der Kongressabgeordnete Ron Paul andeutet:

Ein kluger Aktieninvestor oder Häuserbauer kann in der Boomphase des Konjunkturzyklus Millionen verdienen, während die Armen und diejenigen, die auf ein festes Einkommen angewiesen sind, mit den steigenden Lebenshaltungskosten nicht Schritt halten können.(11)

Die inflationäre Wirkung von Krediten wird noch verstärkt, wenn Kreditnehmer in Schwierigkeiten geraten und die Schulden „verlängert“, „umgeschuldet“ und schließlich „gerettet“ werden. Ein notleidender Kredit verursacht Inflation, weil das frisch gedruckte Geld, das über die Kreditnehmer und Privatpersonen in die Wirtschaft gepumpt wird, nicht von einer ausreichenden Produktionssteigerung begleitet wird, um die Rückzahlungen aufrechtzuerhalten. In den USA gab es einige große Unternehmensrettungen in Milliardenhöhe: Penn Central Railroad und Lockheed 1970, Commonwealth Bank of Detroit 1972, New York City 1975, Chrysler 1978, First Pennsylvania Bank of Philadelphia 1979 und Chicagos Continental Illinois 1982. Sie alle wurden vor dem Bankrott gerettet, indem der Kongress als Kreditgeber der letzten Instanz fungierte und die Garantie von frisch gedrucktem Geld der Fed erhielt. Dies ist nicht nur in der letzten Phase, in der das Geld von der Fed bezogen wird, inflationär, sondern auch in der ersten, zweiten und allen anderen Zwischenphasen auf dem Weg zum Zahlungsausfall. (12)

Das Hauptereignis des Super Bowls um die Rettung fand nicht im eigenen Land statt. Es ist das Spiel zwischen den Regierungen der Dritten Welt und dem IWF/der Weltbank. All diese notleidenden Kredite an ausländische Regierungen verursachen Inflation im Inland, wenn das neue Geld im Austausch für unsere Produkte und Dienstleistungen schließlich in unsere Länder zurückfließt. Die Kredite an die meisten Regierungen der Dritten Welt begannen 1982 zu kippen. 1983 schuldeten die Regierungen der Dritten Welt den Banken 300 Milliarden Dollar und den westlichen Regierungen 400 Milliarden Dollar.(13)

In Vorbereitung auf die Rettungsphase des Super Bowls um internationale Kredite wurde im Jahr

1980 die US-Notenbank auf das Spielfeld gerufen, als der Kongress den Monetary Control Act verabschiedete, der die Fed ermächtigte, Geld für ausländische Regierungen zu drucken. (14) Seitdem hat die Größe der Rettungspakete schwindelerregende Ausmaße angenommen. Mexiko ist nur ein Beispiel für das Rettungssystem der Dritten Welt von IWF und Weltbank. 1982 schuldete es den Banken 85 Milliarden Dollar, ein inflationärer Verlust für den amerikanischen Steuerzahler, der bis heute von den Zentralbanken getragen wird, die zunächst neue Kredite gewährten und schließlich fast die gesamten Schulden übernahmen. 1982 organisierte der IWF einen Kredit von 4,5 Milliarden Dollar bei den westlichen Zentralbanken, und 1989 weitere 7,5 Milliarden. Dies ist das Prolongations- und Umschuldungsspiel, dessen Zweck es ist, die Fortsetzung der Zinszahlungen für die ursprünglichen notleidenden kommerziellen Kredite zu ermöglichen und zu verhindern, dass diese in Zahlungsverzug geraten und die kommerziellen Banken in den Bankrott treiben. Doch der Tag der Abrechnung kommt unweigerlich: Mexiko kann sich nicht einmal mehr die Zinszahlungen leisten. Am 31. Januar 1995 genehmigte Präsident Clinton unabhängig vom Kongress ein Kreditgarantiepaket im Umfang von 50 Milliarden Dollar: 20 Milliarden Dollar vom US-amerikanischen Devisenstabilisierungsfonds, 17,8 Milliarden Dollar vom IWF, 10 Milliarden Dollar von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und 3 Milliarden Dollar von kommerziellen Banken.(15)

Joseph Stiglitz erklärte, eine der Funktionen der Zentralbank/des IWF/der Weltbank bestehe darin, ein Wohlfahrtssystem für die Banker zu sein. In Bezug auf das Rettungspaket in Höhe von 95 Milliarden Dollar während der Asienkrise von 1997:

Das Geld erfüllte noch eine weitere Funktion: Es ermöglichte den Ländern, den Firmen, die sich bei westlichen Banken Geld geliehen hatten, Dollar zur Verfügung zu stellen, um ihre Kredite zurückzuzahlen. Es handelte sich also teilweise ebenso sehr um eine Rettungsaktion für die internationalen Banken wie auch für das Land selbst.(16)

Während die Geschäftsbanken von den Zinssätzen profitieren, die für die Schuldnerstaaten oft enorm überhöht sind, zahlt der westliche Steuerzahler die Kredite durch die Inflation im Inland zurück. Dieses System ist darauf angelegt, ewig weiterzulaufen und den Westen seines Reichtums zu berauben, um im Ausland sozialistische Diktaturen aufzubauen und die Bankelite zu bereichern. Die gesamten Auslandsschulden der Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen stiegen von 1,4 Billionen Dollar im Jahr 1990 auf 2,3 Billionen Dollar im Jahr 2001.(17)

Um die Inflation zusammenzufassen: Es gibt drei Banden von Dieben, die als Kartell zusammenarbeiten. Die Zentralbanken, die als Kreditgeber letzter Instanz fungieren, haben es den Geschäftsbanken und der Regierung ermöglicht, die Geldmenge auf unsere Kosten zu erhöhen, indem sie die Staatsdefizite erhöhen, notleidende Kredite aufrechterhalten und große Firmenpleiten retten. Seit 1971, als Nixon die letzten Überreste des Goldstandards zerstörte, ist die US-Staatsverschuldung von 408 Milliarden auf 6,8 Billionen Dollar gestiegen, eine Steigerung von 1600 Prozent. 1971 betrug die Geldmenge M3 776 Milliarden Dollar; heute liegt sie bei 8,9 Billionen Dollar, eine Steigerung von 1100 Prozent. Während dieser Zeit hat der Dollar fast 80 Prozent seiner Kaufkraft verloren.(18) Zusätzlich zu all den anderen staatlichen und bundesstaatlichen Steuern hat der glücklose Steuerzahler weitere 5 Prozent pro Jahr an Inflation bezahlt.(19)

Ein britischer Parlamentsbericht aus dem Jahr 1999 zeigt, dass die Inflation in Großbritannien nach dem Zweiten Weltkrieg anstieg. Die jährliche Inflationsrate vor dem Krieg betrug etwa 2,5% und die Nachkriegsrate durchschnittlich 6%. Über das gesamte Jahrhundert hinweg verlor das Pfund 98,5% seiner Kaufkraft. (20) Es ist kein Zufall, dass in dieser Zeit die Kluft zwischen Arm und Reich und die Größe des Staates deutlich zunahm.

DEPRESSIONEN: GELD- UND FISKALPOLITISCHE STRAFUNG

In seinem Buch „Globalization and its Discontents“ beschreibt Joseph Stiglitz, wie die restriktive Politik des IWF die Ostasienkrise von 1997 verschärfte. Bei jedem wirtschaftlichen Abschwung gibt es eine Standardreaktion der Regierung: die Nachfrage durch Steuersenkungen, Ausgabenerhöhungen oder eine Lockerung der Geldpolitik anzukurbeln. Der IWF verfolgte genau den entgegengesetzten Kurs. Indem er weiterhin restriktive Politik befürwortete, verursachte er, dass sich die Ansteckung von einem Land zum nächsten ausbreitete, da die Exporte zurückgingen. Das geldpolitische Gegenmittel des IWF bestand darin, Zinserhöhungen von über 25 % durchzusetzen und damit noch Öl ins Feuer zu gießen.(21) Dies hatte zur Folge, dass noch mehr Kapital aus dem Land abgezogen wurde, da es die Unternehmen in den Bankrott trieb. Darüber hinaus erzwang er eine Umstrukturierung des Bankensektors, die alle Banken mit erheblichen notleidenden Krediten schloss. In Indonesien wurden sechzehn Privatbanken geschlossen, was einen Ansturm auf die verbleibenden Privatbanken und einen Rückzug des Kapitals in die staatlichen Banken auslöste. Die Auswirkungen auf das indonesische Bankensystem und die Wirtschaft waren verheerend.(22) Es kam zu Unruhen, als die Sozialleistungen, vor allem die Nahrungsmittel- und Treibstoffsubventionen für die Armen, gekürzt wurden. Geschäftsleute und ihre Familien gerieten ins Visier. Dies verschärfte den Kapitalabzug aus dem Land, da Unruhen das Vertrauen der Geschäftsleute nicht wiederherstellen.

Laut Greg Palasts Interviews mit Stiglitz waren die „IWF-Unruhen“ praktisch fester Bestandteil der 111 Konditionalitäten, die Ende der 1980er Jahre formuliert wurden. Eine der IWF-Konditionalitäten für Ecuador war eine Erhöhung des Gaspreises um 80%, während gleichzeitig Renten gekürzt und Staatsbedienstete entlassen wurden. Arme Andenindianer kamen von den Bergen herunter und steckten in der Hauptstadt Autos in Brand, um Truppen auf die Straße zu bringen.(23) In Argentinien musste die Regierung das Gesetz gegen Wucher ändern, als die Banken ihre Zinssätze auf 21-70% erhöhten, weil die Banken es sonst verletzt hätten.

Stiglitz beklagt, dass eine Vertiefung der Rezession nicht nur heute, sondern auch morgen noch mehr Leid verursacht. Eine Wirtschaft, die eine schwere Rezession durchmacht, mag im Zuge der Erholung zwar schneller wachsen, aber sie kann die verlorene Zeit nie wieder aufholen. Je tiefer die heutige Rezession ist, desto geringer werden wahrscheinlich die Einkommen in zwanzig Jahren sein.(24)

Der IWF war nicht der erste, der die Haushaltskonsolidierung als Waffe im Wirtschaftskrieg einsetzte. 1920/21 erlebte Amerika eine Agrarkrise. Diese war ausschließlich auf die Geldpolitik der Regierung und der Federal Reserve zurückzuführen. Die Bauern hatten auf Veranlassung der Regierung große Geldsummen geliehen, um Land zu kaufen. Sie waren sehr wohlhabend geworden. Im Hinblick auf die Schließung der kleineren Banken im Südwesten beschloss die von der Wall Street kontrollierte Fed jedoch im Mai 1920, die Kreditvergabe drastisch zu kürzen. Tausende von Bauern, die ihre Rückzahlungen nicht mehr leisten konnten, gingen bankrott und rissen ihre lokalen Banken mit in den Abgrund. G. Edward Griffin beschreibt diese Episode als „Country-Duck Dinner in New York“. (25) Dies war jedoch nur die Vorspeise vor dem Hauptgang. Auf Geheiß des Wall Street Money Trust wurde 1922 das Open Market Committee gegründet, um den Kauf von Staatsanleihen durch die zwölf regionalen Reservebanken zu koordinieren. Ab 1923 strömte aufgrund niedriger Zinsen neues Geld in die Wirtschaft und es kam zu einem massiven Spekulationsboom an der Börse. 1929 erfolgte die Hälfte aller Transaktionen im Einzelhandel auf Kredit. (26) Am 9. August 1929 begann die Fed, Staatsanleihen auf dem freien Markt zu verkaufen und kehrte damit ihre lockere Kreditpolitik um. Sie erhöhte die Zinsen für Kredite an Geschäftsbanken auf 6% und die Geldmenge schrumpfte rapide; Spekulanten, die sich Geld für den Kauf von Aktien geliehen hatten, konnten ihre Rückzahlungen an ihre Broker nicht mehr leisten.

Der Knüppel war gebrochen. Am 29. Oktober 1929 löschte eine Verkaufslawine an der Wall Street Millionen von Anlegern aus. Die Banker und ihre bevorzugten Kunden hatten den Markt schon lange zuvor verlassen, nur um auf dem Tiefpunkt wieder einzusteigen und Aktien wie Haie in einem Fressrausch zu verspeisen. Einige der größten Vermögen in Amerika wurden auf diese Weise gemacht.

Heute sind die Verbraucher in Großbritannien und den USA auf Rekordniveau verschuldet. Diese extremen Schuldenquoten machen uns sehr anfällig für die Manöver der Vergangenheit. Zahlen des britischen Office for National Statistics zeigen, dass die Verbraucher heute durchschnittlich 5.330 Pfund (etwa 8.500 Dollar) an unbesicherten Schulden haben, Hypotheken nicht inbegriffen.(27)

ABSCHLUSS

Die Finanz- und Geldpolitik wurde von den Bankern dazu genutzt, den Reichtum an sich selbst und die von ihnen kontrollierten Unternehmen sowie an die nationalen Regierungen umzuverteilen. Während die Steuerpolitik offenkundig ist, wird durch die Geldpolitik ein versteckter Vermögenstransfer erreicht: Die Öffentlichkeit erträgt die Inflation, während die Schuldnerregierungen an Größe gewinnen und die Banker reich werden, indem sie die Zinsen für die Kredite einstreichen, die diese Inflation verursachen. Die Ausplünderung der westlichen Steuerzahler beschleunigte sich in der Nachkriegszeit mit der Gründung des IWF/der Weltbank.

1. FREIHANDELSABKOMMEN

GATT/WTO

Am 1. Januar 1995 ersetzte die Welthandelsorganisation das Globale Zoll- und Handelsabkommen (GATT), das seit 1947 die weltweiten Handelszölle geregelt hatte. (28) Drei Monate zuvor hatte der britische Milliardär Sir James Goldsmith eine Rede vor dem US-Senat gehalten, in der er vor den Auswirkungen des weltweiten Freihandels auf die Beschäftigung und das Lohnniveau im Westen warnte. (29) Goldsmith argumentierte, das GATT und die Theorien, auf denen es beruht, seien fehlerhaft. Seine Umsetzung würde die industrialisierte Welt verarmen und destabilisieren und gleichzeitig die Dritte Welt grausam verwüsten. Das Prinzip des weltweiten Freihandels besteht darin, dass alles überall auf der Welt hergestellt und anderswo verkauft werden kann. Das bedeutet, dass diese neuen Marktteilnehmer in der Weltwirtschaft in direkter Konkurrenz zu den Arbeitskräften der Industrieländer stehen. In den meisten Industrieländern betragen die Kosten für die Bezahlung seiner Arbeitskräfte für ein durchschnittliches produzierendes Unternehmen 25 bis 30 Prozent des Umsatzes. Wenn ein solches Unternehmen beschließt, in seinem Heimatland nur seinen Hauptsitz und seine Vertriebsmannschaft zu behalten und seine Produktion in eine Niedriglohnregion zu verlagern, wird es etwa 20 Prozent seines Umsatzes einsparen. Für jeden französischen Arbeitnehmer hätte ein Unternehmen 47 Vietnamesen einstellen können. Viele Ökonomen glauben, dass das Wachstum im Dienstleistungssektor die verlorenen Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe kompensieren wird. Doch selbst im Dienstleistungssektor wird es zu erheblichen Arbeitsplatzverlagerungen in Niedriglohnregionen kommen.

Andererseits werden die Verbraucher billigerer Waren tatsächlich ihre Arbeitsplätze verlieren, weniger für ihre Arbeit bezahlt bekommen und höhere Steuern zahlen müssen, um die sozialen Kosten der steigenden Arbeitslosigkeit zu decken. Nach Angaben des US-Arbeitsministeriums sind die realen Stunden- und Wochenlöhne (in inflationsbereinigten Dollar) seit 1973 bereits um 13,4 Prozent bzw. 19,2 Prozent gesunken, und das war vor den als Uruguay-Runde bekannten GATT-Verhandlungen von 1995. Wenn 4 Milliarden Menschen auf denselben Weltmarkt für Arbeitskräfte

drängen und ihre Arbeit zu einem Bruchteil des Preises anbieten, den sie in den Industrieländern bezahlen, ist es offensichtlich, dass eine derart massive Angebotssteigerung den Wert der Arbeit mindert. Die organisierten Gewerkschaften werden praktisch ihre gesamte Verhandlungsmacht verlieren.

Regionale Freihandelszonen sollten nur zwischen Ländern mit ähnlichem wirtschaftlichen Entwicklungsstand eingerichtet werden. Der Vertrag von Rom aus dem Jahr 1957 zwischen Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg schuf die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, den größten freien Markt der Welt. Innerhalb der EWG sollte es keine Zölle, keine Handelsschranken und einen freien und wettbewerbsorientierten Markt geben. Der Handel mit Ländern außerhalb der EWG sollte einem einheitlichen Zoll unterliegen. Dieses Konzept wurde als Gemeinschaftspräferenz bezeichnet. Mit anderen Worten sollte europäischen Arbeitsplätzen und der europäischen Industrie Vorrang eingeräumt werden. Vor etwa zwanzig Jahren begannen die Technokraten, die Europa regieren, in aller Stille, dieses Grundprinzip zu ändern und schrittweise in Richtung internationalen Freihandels zu gehen. Seitdem ist die Arbeitslosigkeit in Europa trotz des Wachstums des Bruttosozialprodukts stark angestiegen. Der Vertrag von Maastricht aus dem Jahr 1992 verankert diese Änderung und macht den globalen Freihandel zu einem der Grundprinzipien, auf denen das neue Europa aufgebaut werden soll. Der wirtschaftliche Erfolg Hongkongs, Südkoreas und Taiwans ist auf die besonderen wirtschaftlichen Zugeständnisse des Westens und die billigen und qualifizierten Arbeitskräfte zurückzuführen. In den letzten dreißig Jahren hat die Handelsbilanz zwischen diesen Ländern und dem Westen zu einem Transfer von mehreren zehn Milliarden Dollar in diese Länder geführt. Eine monetäre Handelsbilanz kann jedoch enorme Arbeitsplatzverluste verschleiern, denn wie Herr Goldsmith bemerkte, könnte er für den Preis eines Franzosen 47 Vietnamesen einstellen.

ARBEITSPLÄTZE VERLUST DURCH NAFTA

In den USA sind in den letzten drei Jahrzehnten aufgrund eines wachsenden Handelsdefizits Millionen von Arbeitsplätzen im verarbeitenden Gewerbe verloren gegangen. Dieser Trend beschleunigte sich, als die USA, Kanada und Mexiko das Nordatlantische Freihandelsabkommen (NAFTA) unterzeichneten, das die Zollschranken über einen Zeitraum von 15 Jahren abbauen soll. Aufgrund des rapiden Wachstums des Nettoexportdefizits der USA mit Mexiko und Kanada hat NAFTA zwischen 1994 und 2000 766.030 tatsächliche und potenzielle Arbeitsplätze in den USA abgebaut. Die meisten Arbeitsplätze gingen im verarbeitenden Gewerbe verloren, sodass Arbeitnehmer, die im Dienstleistungssektor Arbeit fanden, im Durchschnitt 23 % weniger verdienen. Fast alle neu geschaffenen Arbeitsplätze in Amerika sind in diesem Sektor angesiedelt, und die Löhne im verarbeitenden Gewerbe bleiben aufgrund der Gefahr einer Arbeitsplatzverlagerung ins Ausland niedrig. Das Wachstum des US-Handels und der Handelsdefizite hat die Löhne „ungelernter“ (d. h. nicht akademisch gebildeter) Arbeitnehmer in den USA unter Druck gesetzt, insbesondere derjenigen mit höchstens einem Highschool-Abschluss. Diese Gruppe repräsentiert 72,7 % der gesamten US-Arbeitskräfte und umfasst die meisten Arbeitnehmer mit mittlerem und niedrigem Lohn. Eine große Anzahl ökonomischer Studien kommt zu dem Schluss, dass der Handel für mindestens 15 bis 25 % des Anstiegs der Lohnungleichheit in den USA verantwortlich ist (U.S. Trade Deficit Review Commission 2000, 11018).(30)(31) In einigen Teilen der USA hat der Verlust von Arbeitsplätzen im verarbeitenden Gewerbe nach Mexiko zu beunruhigenden Armutsniveaus geführt. Seit George Bush die Präsidentschaftswahlen 2000 in Ohio gewann, hat der Staat jeden sechsten seiner Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe verloren. Eine Reihe lokaler Fabriken sind in den letzten zwei Jahren nach Mexiko umgezogen. Zwei Millionen der 11 Millionen Einwohner des Staates haben 2002 auf Nahrungsmittelspenden zurückgegriffen,

ein Anstieg von über 18 % gegenüber 2001.(32)

Arbeitsplatzverluste im Angestelltenbereich

Eine Studie von Forrester Research sagt voraus, dass US-Unternehmen bis 2015 3,3 Millionen Dienstleistungsjobs ins Ausland verlagern werden, verglichen mit nur 102.000 Stellen im Jahr 2000. Die Arbeitsplatzexporte betreffen vor allem die Bereiche Informationstechnologie (einschließlich Software- und Produktentwicklung), Kundendienst, Backoffice-Buchhaltung und Vertrieb.(33) Am 10. August 2003 warnte USA Today, dass Angestellte die verheerenden Arbeitsplatzverluste erleben werden, die in den letzten dreißig Jahren in der Fertigung stattgefunden haben. Fast jeder professionelle Job, der über große Entfernungen erledigt werden kann, ist plötzlich zu haben. Jobs von Finanzanalysten, Bauzeichnern, Telemarketing-Mitarbeitern, Buchhaltern, Schadensregulierern, Hypothekbearbeitern und anderen auf höheren Ebenen der Arbeitskette werden an Arbeiter in anderen Ländern ausgelagert. „Wir sprechen hier nicht nur von Callcenter-Jobs, sondern von allen möglichen Jobs“, sagt Christopher Gentle, Analyst bei Deloitte Consulting. „Kein Teil des Unternehmens bleibt davon unberührt.“ Führend sind dabei die großen US-Unternehmen, darunter Giganten wie IBM, Microsoft und Procter & Gamble. Zehntausende Arbeitsplätze wurden bereits abgebaut, und Analysten prognostizieren, dass weitere Millionen verloren gehen werden – gerade, während die fragile Wirtschaft versucht, sich zu erholen. „Wir sehen darin eine Bedrohung für die amerikanische Mittelschicht, was Löhne und Sozialleistungen angeht“, sagt Marcus Courtney, Präsident der Washington Alliance of Technology Workers in Seattle. „Der Dienstleistungssektor ist nicht immun gegen die Kräfte der Globalisierung. Wir sprechen hier von hochqualifizierten, bestbezahlten Arbeitsplätzen. Das weckt die Besorgnis der Arbeitnehmer.“ (34)

In Großbritannien hat die HSBC Bank gerade angekündigt, dass sie 4.000 Backoffice-Arbeitsplätze aus Großbritannien nach Asien verlagern wird. Bis 2006 wird diese Zahl auf 7.000 steigen, d. h. 13 % der derzeitigen britischen Belegschaft.(35)

1. OFFENE GRENZEN

Während der Freihandel es Kapital ermöglicht, auf der Suche nach billigen Arbeitskräften in die Entwicklungsländer zu strömen, haben laxe Einwanderungskontrollen es billigen Arbeitskräften ermöglicht, auf der Suche nach Kapital in den Westen zu reisen.

Die Zahl der Einwanderer in den Vereinigten Staaten ist in den letzten zwei Jahren auf 33 Millionen angestiegen, ein Anstieg von fünf Prozent. Die neuen Daten des Census Bureau zeigen, dass Einwanderer 11,8 Prozent der US-Bevölkerung ausmachen. In Kalifornien sind 27 Prozent der Bevölkerung im Ausland geboren. Die Einwandererbevolkerung in den USA ist inzwischen größer als die Gesamtbevölkerung Kanadas.(36) 9 Millionen Mexikaner machen 30 Prozent dieser im Ausland geborenen Einwohner aus. Über ein Drittel von ihnen sind illegal.(37)

Arbeiter

Während des Wirtschaftsbooms der 90er Jahre, als die Arbeitslosenquote bis auf 3,9 Prozent sank, staunten Ökonomen über die Fähigkeit der US-Wirtschaft, Arbeitsplätze zu schaffen, ohne eine lohnbedingte Inflation auszulösen. Viele spekulierten, dass die Wellen schlecht bezahlter Einwanderer ein „Sicherheitsventil“ geschaffen hätten, das die Durchschnittslöhne niedrig genug hielt, damit die Wirtschaft ohne Preisanstieg wachsen konnte. Ein Artikel in der „Monthly Labor Review“ des US-Arbeitsministeriums hat dargelegt, wie wichtig diese im Ausland geborenen Arbeiter für die US-Wirtschaft waren: Im Ausland geborene Arbeiter verdienten im Jahr 2000 etwa 75,6 Cent für jeden Dollar, den ein im Inland geborener Arbeiter verdiente. (38) Die

Wirtschaftstheorie legt nahe, dass Einwanderung, die die einheimische Belegschaft ergänzt, die Löhne insgesamt steigern kann. Das extremste Beispiel sind Länder im Nahen Osten, die über Öl, aber keine Öl-Expertise verfügen, sodass der Import von Ölindustriearbeitern aus dem Westen die Einheimischen reich macht. Im Gegensatz dazu senken Ersatzarbeiter wahrscheinlich die Löhne derjenigen, mit denen sie auf dem Arbeitsmarkt konkurrieren, während sie die Gewinne der Kapitalbesitzer steigern. Die mit billigeren Arbeitskräften verbundenen niedrigeren Produktionskosten machen die Waren jedoch billiger und halten die Lohninflation niedrig. George Borjas, Professor für politische Ökonomie an der Harvard University und eine Autorität auf dem Gebiet der Migrationsökonomie, steht Behauptungen skeptisch gegenüber, dass Einwanderung die Löhne steigert, wenn sie über die Beseitigung des Fachkräftemangels hinausgeht. „Ich sehe sehr erhebliche negative Auswirkungen der Einwanderung auf die Löhne“, sagt er. „Der numerische Effekt ist stark und die statistische Signifikanz ist hoch. Es wird die Ökonomie der Migration auf den Kopf stellen.“ (39)

Die National Academy of Sciences schätzt, dass etwa 44 Prozent der Lohnsenkungen unter gering qualifizierten Amerikanern (70 Prozent der Erwerbsbevölkerung) zwischen 1980 und 1994 auf Einwanderung zurückzuführen waren. Außerdem werden jedes Jahr schätzungsweise 1.880.000 amerikanische Arbeitnehmer durch Einwanderung aus ihrem Arbeitsplatz verdrängt.(40)(41) Das amerikanische Nahrungsmittel- und Landwirtschaftssystem ist von im Ausland geborenen Arbeitern abhängig geworden, von denen eine beträchtliche Zahl illegal ist. Bis vor 15 oder 20 Jahren waren in den Fleischverarbeitungsbetrieben der USA hochbezahlte, gewerkschaftlich organisierte Arbeiter beschäftigt, die inflationsbereinigt etwa 18 Dollar pro Stunde verdienten. Heute sind die Verarbeitungs- und Verpackungsbetriebe größtenteils mit schlecht bezahlten, nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeitern aus Mexiko und Guatemala besetzt. Viele von ihnen beginnen mit 6 Dollar pro Stunde. Vor einigen Jahren schätzte der Immigration and Naturalization Service, dass etwa 25 Prozent der Fleischverarbeitungsarbeiter im Mittleren Westen wahrscheinlich illegal sind.(42) Einer Regierungsstudie zufolge sind fast 40 Prozent der Landarbeiter illegal.

ANGESTELLTE

Die Einwanderung hat auch die Löhne von Angestellten gedrückt, weil die US-Einwanderungsbehörde eine große Zahl von Arbeitsvisa ausgestellt hat. Mehr als 100.000 amerikanische Computerprogrammierer sind arbeitslos, aber wenn man diejenigen hinzurechnet, die unterbeschäftigt sind oder andere Jobs annehmen, weil sie keine Programmierjobs finden können, steigt die Gesamtzahl auf etwa eine halbe Million. Gleichzeitig sind mehr als 450.000 Arbeitnehmer mit H-1B-Visum in den Vereinigten Staaten als Programmierer beschäftigt. (43) IT-Unternehmen vergeben Tausende von Arbeitsplätzen an Outsourcing-Unternehmen wie Tata, Infosys Technologies und Wipro Technologies, die drei größten indischen Software-Dienstleister, die indische Arbeitnehmer für ein Drittel des Lohns vermitteln können.(44) Darüber hinaus stellte ein Bericht des National Research Council aus dem Jahr 2001 fest, dass H-1B-Visums sich negativ auf das allgemeine Lohnniveau auswirken. Die Independent Computer Consultants Association berichtet, dass der Einsatz billigerer ausländischer Arbeitskräfte die Stundensätze amerikanischer Berater um bis zu 10 bis 40 Prozent gesenkt hat.(45)

Mit Absicht, nicht durch Zufall

Nichts davon ist zufällig geschehen: Seit 1986 hat der Kongress sieben Amnestien für illegale Einwanderer verabschiedet. Das Immigration Reform and Control Act (IRCA) von 1986 gewährte allen illegalen Einwanderern, die sich vier Jahre oder länger erfolgreich der Justiz entzogen hatten oder illegal in der Landwirtschaft arbeiteten, Amnestie – legale Vergebung. Als Ergebnis wurden 2,8 Millionen illegale Einwanderer als legale Einwanderer in die Vereinigten Staaten aufgenommen. Bis

heute wurden insgesamt 3.356.021 Menschen amnestiert.(46) Angefeuert durch Leitartikel im Wall Street Journal(47) verhandelt der mexikanische Präsident Vincente Fox derzeit über eine umfassende Amnestie für Millionen mexikanischer Arbeiter.(48) Republikaner und Demokraten schlagen verschiedene Gesetzesentwürfe vor, die, wenn sie alle verabschiedet würden, allen 8-11 Millionen illegalen Einwanderern Amnestie gewähren würden. Dies ist einer von vielen Schritten, die unternommen werden, um Mexiko und die USA als Auftakt zu einer Panamerikanischen Union von Alaska bis Chile zu vereinen.(49)

Vereinigtes Königreich

Untersuchungen zeigen, dass wir bei den gegenwärtigen Trends mit einem Nettozustrom von mindestens 2 Millionen Nicht-EU-Bürgern pro Jahrzehnt rechnen können. (50) Die gesamte Nettozuwanderung von außerhalb der EU hat sich in den letzten fünf Jahren mehr als verdreifacht und steigt weiter an. Jedes Jahr kommen fast eine Viertelmillion Menschen nach Großbritannien, um dort zu leben. (51)

Dies ist jedoch nichts im Vergleich zu den Problemen, die sich durch die kürzlich erweiterte EU ergeben. Die Schleusen für billige Arbeitskräfte öffneten sich am 1. Mai 2004, als 10 ehemalige Ostblockstaaten der EU beitraten und ihre 73 Millionen Bürger nun überall im EWR arbeiten dürfen. Der 1992 gegründete Europäische Wirtschaftsraum (EWR) besteht aus den 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) sowie Norwegen, Island und Liechtenstein. Innerhalb des Gebiets herrscht freier Personen-, Waren- und Dienstleistungsverkehr. Solange die Staatsangehörigen dieser Länder ihre Freiheiten im Rahmen dieser verschiedenen Verträge ausüben, unterliegen sie nicht streng der Einwanderungskontrolle und können ohne Einschränkungen arbeiten oder ein Unternehmen gründen. Diese Rechte gelten auch für Haushaltsmitglieder von EWR-Bürgern, die diese in das Vereinigte Königreich begleiten. 13 Länder haben einen Antrag auf Mitgliedschaft gestellt: 10 dieser Länder - Zypern, die Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakische Republik und Slowenien - traten am 1. Mai 2004 bei. Sie werden derzeit als „Beitrittsländer“ bezeichnet. Bulgarien und Rumänien hoffen, dies bis 2007 zu tun, und die Türkei verhandelt derzeit über ihre Mitgliedschaft.(52)

Die EU schätzt, dass nach dem Fall der Hürden für die Freizügigkeit jährlich rund 335.000 Menschen aus Osteuropa auswandern werden, darunter 100.000 Arbeitnehmer. Dies dürfte eine bewusste Untertreibung der Flutwelle billiger Arbeitskräfte sein, die im Begriff ist, das Lohnniveau in Westeuropa zu zerstören.(53)

Eine weitere Revolution findet still und leise in einem anderen Aspekt der Einwanderung statt, der sich direkt gegen die Mittelschicht richtet. Die Regierung geht gegen illegale Einwanderung vor, weitet jedoch die legale Einwanderung für qualifizierte Arbeitskräfte massiv aus, am deutlichsten durch die Ausweitung des Arbeitserlaubnisprogramms auf etwa 200.000 Personen in diesem Jahr. David Blunkett, der Innenminister, sagte, er sei stolz darauf, das größte Arbeitserlaubnisprogramm aller Länder geschaffen zu haben. Diese Arbeitnehmer können ihre Familien mitbringen, und wie bisher werden die meisten von ihnen nach 4-5 Jahren zur Niederlassung zugelassen, wenn sie dies wünschen. Diese massive Ausweitung des Arbeitserlaubnisprogramms stellt daher einen wichtigen neuen Einwanderungsweg dar. Die Regierung hat außerdem das Programm für hochqualifizierte Migranten ins Leben gerufen, das bisher 3.000 der klügsten und besten Köpfe der Welt ins Land gebracht hat. Das Programm erleichtert es ausländischen Studenten, nach Abschluss ihres Studiums weiter in Großbritannien zu arbeiten. Zweifellos werden viele von ihnen aus armen Ländern kommen und deutlich niedrigere Gehälter als einheimische Arbeitnehmer akzeptieren.(54)(55)

Die Auswirkungen der Einwanderungspolitik auf den Arbeitsmarkt sind die gleichen wie in der

USA. Während Hochqualifizierte in London Löhne erhalten, die bis zu 80 Prozent über dem Landesdurchschnitt liegen, zeigt ein kürzlich veröffentlichter Bericht von Incomes Data Services, dass Ladenhüter in London Löhne erhalten, die 10 Prozent unter dem Landesdurchschnitt liegen. Die Einwanderung hat die Arbeitslosigkeit um 2 Prozent höher getrieben, als sie sonst wäre. Die nationale Arbeitslosigkeit liegt seit zwei Jahren bei knapp über 5 Prozent, und in London, wo die meisten Einwanderer leben, ist die Arbeitslosigkeit mit 6,6 Prozent die zweithöchste im Vereinigten Königreich. (56) Großbritanniens führender Arbeitsmarktökonom, Professor Richard Layard von der London School of Economics, der an der Entwicklung des Labour-Programms „Wealth to Work“ mitwirkte, erklärte in einem Brief an die Financial Times:

Es gibt zahlreiche Belege dafür, dass jede Zunahme der Zahl ungelernter Arbeiter die Löhne dieser Arbeitskräfte senkt und die Arbeitslosenquote dieser Arbeitskräfte erhöht. Wenn uns Gerechtigkeit am Herzen liegt, dürfen wir diese Tatsachen nicht ignorieren. Arbeitgeber profitieren von der Einwanderung ungelernter Arbeitskräfte. Die Ungelernten hingegen nicht. (57)

ABSCHLUSS

Die Elite hat den Freihandel und offene Grenzen im vollen Bewusstsein ihrer destruktiven Folgen gefördert. Arme Arbeiter sind froh, für höhere Löhne arbeiten zu können, entweder indem sie in den Westen auswandern oder in der neuen Stahlfabrik zu Hause arbeiten. Diese Analyse hat ihre Notlage, die bereits gut dokumentiert ist, nicht berücksichtigt, hat aber den ernsthaften Schaden für Beschäftigung und Lohnniveau im Westen aufgezeigt.

1. Die Umweltbewegung

DER BERICHT VOM IRON MOUNTAIN, 1966

Ziel der Studie war es, die Methoden zu analysieren, mit denen eine Regierung ihre Machtposition aufrechterhalten kann. Die Autoren kamen zu dem Schluss, dass in der Vergangenheit Krieg das einzige zuverlässige Mittel war, um dieses Ziel zu erreichen. Unter einer Weltregierung wäre Krieg jedoch unmöglich, sodass die Herausforderung darin bestand, andere Methoden zu finden, um die Bevölkerung zu kontrollieren und sie ihren Führern gegenüber loyal zu halten. Die Studie kam zu dem Schluss, dass ein geeigneter Ersatz für den Krieg einen neuen Feind erfordern würde, der eine furchtbare Bedrohung für das Überleben darstellte. Weder die Bedrohung noch der Feind mussten real sein, sie mussten lediglich glaubwürdig sein. Mehrere Ersatzmodelle für den Krieg wurden in Betracht gezogen, darunter eine inszenierte Invasion von Außerirdischen, aber das einzige, das wirklich vielversprechend war, war das Modell der Umweltverschmutzung. Dieses wurde als das erfolgversprechendste angesehen, weil es erstens mit beobachtbaren Bedingungen wie Smog und Wasserverschmutzung in Verbindung gebracht werden konnte – mit anderen Worten, es würde teilweise auf Fakten beruhen und daher glaubwürdig sein. Zweitens könnten Vorhersagen gemacht werden, die ebenso schreckliche Szenarien des Weltuntergangs wie einen Atomkrieg zeigen. Die Genauigkeit dieser Vorhersagen wäre nicht wichtig. Ihr Ziel wäre es, Angst zu machen, nicht zu informieren. Das Modell der Umweltverschmutzung rechtfertigt nicht nur eine expansive und autoritäre Regierung, es zwingt die Bürger auch dazu, sich zu verarmen, wodurch die Kluft zwischen Führern und Anhängern größer wird.

Passend zum Iron Mountain-Vorhaben strebt ein Teil der Umweltbewegung eine Senkung des Lebensstandards im Westen, insbesondere in den USA, an. Die fragwürdige intellektuelle Glaubwürdigkeit dieses Plans wurde in der 1972 vom Club of Rome in Auftrag gegebenen, wegweisenden Veröffentlichung des Massachusetts Institute of Technology, „Die Grenzen des Wachstums“, dargelegt. Das Buch führte die Vorstellung ein, dass die Umwelt unwiderruflich

geschädigt würde, wenn ihre „Belastbarkeit“ überschritten würde. Auf Grundlage der aktuellen Trends sagte es den totalen Zusammenbruch der industriellen Zivilisation in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts voraus, wenn das Kapital- und Bevölkerungswachstum nicht stark eingeschränkt würde. Während Maßnahmen zur Reduzierung des Konsums unter dem Deckmantel der „nachhaltigen Entwicklung“ ganz oben auf der politischen Agenda stehen, werden die wirklichen Probleme der Umweltgesundheit und -verschmutzung entweder unter den Teppich gekehrt oder vom petrochemisch-pharmazeutischen Kartell geschaffen. Das letzte Kapitel dieses Buches beweist, dass die Elite den Menschen tatsächlich als den Hauptverschmutzer der Erde betrachtet.

FINANZIERUNG DES UMWELTSCHUTZES

Wenige Jahre nach der Veröffentlichung des „Report from Iron Mountain“ im Jahr 1966 wurde die Umweltbewegung vom Bankenkartell gekapert. Statt sich auf die wissenschaftliche Erforschung des Umweltschutzes zu konzentrieren, wurde sie zum Sammelbecken einer radikalen politischen Agenda, die heute vom ehemaligen KGB-Chef Michail Gorbatschow und seinem westlichen Bankerkollegen Stephen Rockefeller angeführt wird.(58)

Dr. Michael Coffmans faszinierender Artikel „Warum Eigentumsrechte wichtig sind“ beschreibt detailliert die großzügige Finanzierung des Umweltschutzes:

In einer schillernden Demonstration roher Macht finanzierten Stiftungen mit ineinandergreifenden Leitungen die Nature Conservancy 1996 mit 203.886.056 Dollar, also 60 Prozent ihres Jahresumsatzes. Ursprünglich schlossen sich die Stiftungen unter dem Namen Environmental Grantmakers Affinity Group of the Council on Foundations zusammen. Unter dem Dach des Rockefeller Family Fund gründeten 1987 136 Stiftungen die Environmental Grantmakers Association (EGA), die bis zum Ende des 20. Jahrhunderts auf über 200 anwuchs. Der Kongressabgeordnete Richard Pombo (R-CA) behauptete 1999, dass es in Washington DC „3.400 Vollzeitangestellte, darunter Führungskräfte, die oft 150.000 Dollar oder mehr verdienen, sowie eine kleine Armee externer Auftragnehmer wie Wissenschaftler, Lobbyisten, Anwälte und Fachleute für öffentliche Angelegenheiten“ gebe. Unter Berufung auf einen Artikel des Boston Globe aus dem Jahr 1999 sagte der Kongressabgeordnete Pombo: „Stiftungen investieren jährlich mindestens 400 Millionen Dollar in Umweltschutz und Forschung. Der größte Umweltförderer, Pew Charitable Trusts, spendet jährlich mehr als 35 Millionen Dollar an Umweltgruppen.“

Wenn man die zusätzlichen 2.300 Stiftungen berücksichtigt, die für den Umweltaktivismus spenden, und die rund eine Milliarde Dollar, die verschiedene Bundesbehörden an Umweltorganisationen vergeben, schätzt der Boston Globe [die Zeitung], dass die Gesamtfinanzierung für den Umweltaktivismus jährlich rund vier Milliarden Dollar beträgt!“ (59)

Wesentliche Finanzierungs- und Führungsleistungen der Vereinten Nationen kamen direkt von der Unternehmenselite sowie von nationalen Regierungen. 1946 brachte John D. Rockefeller Jr. die Vereinten Nationen nach Amerika, indem er 8 Millionen Dollar für den Kauf des Grundstücks für das UN-Gebäude in New York schenkte. Der kanadische Multimilliardär und Rockefeller-Mitarbeiter Maurice Strong war der erste Direktor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP), das nach der Stockholmer Konferenz (Erdgipfel 1) im Jahr 1972 gegründet wurde. Herr Strong war Generalsekretär aller drei Erdgipfel 1972, 1992 und 1997. Er initiierte 1994 das Erd-Charta-Projekt, die „Zehn Gebote“ der nachhaltigen Entwicklung. Gorbatschow war Co-Vorsitzender der Erd-Charta-Kommission und Stephen Rockefeller war Vorsitzender des Redaktionsausschusses. Bei der Zeremonie zum Start der Erd-Charta-Initiative im Mai 2000 wurde das Dokument Ihrer Majestät Königin Beatrix der Niederlande, einer regelmäßigen Bilderberg-Teilnehmerin, überreicht. Dies veranschaulicht, wie top-down die Umweltbewegung ist, trotz ihrer bedeutenden Unterstützung durch die Basis, ein Problem.(60)

Die Earth Charter entwickelte eine frühere Rockefeller-Initiative, den Bericht des Rockefeller Brothers Fund aus dem Jahr 1972 mit dem Titel Use of Land: A Citizen's Policy Guide to Urban Growth. Dies war eine bahnbrechende Veröffentlichung darüber, wie Eigentumsrechte staatlicher Zensur unterworfen wurden. (61) Ted Turner ist ein weiterer Multimilliardär und Umweltschützer. Im September 1997 gründete er die United Nations Foundation, um Gelder an UN-Programme zu verteilen, und spendete eine Milliarde US-Dollar. (62) Ehemaliger Nazi-SS-Offizier und I.G. Farben-Mitarbeiter Prinz Bernhard der Niederlande war 1961 einer der Gründer des World Wildlife Fund. (63) Der britische Prinz Philip war von der Gründung 1961 bis 1982 der erste Präsident des World Wildlife Fund UK (WWF) und von 1981 bis 1996 Internationaler Präsident des WWF (später World Wide Fund for Nature). Seit 1985 hat der World Wildlife Fund über 1,5 Milliarden Dollar in 11.000 Projekte in 130 Ländern investiert. (64) Prinz Philip gründete 1995 auch die Alliance of Religions and Conservation. (65) Prinz Charles gründete 1990 das Prince of Wales Business Leaders Forum, um Umweltthemen in der Geschäftswelt zu fördern; heute wird es von 65 großen multinationalen Konzernen unterstützt. (66)

LÄNDLICHE SÄUBERN

Weniger als 5 Prozent der USA sind städtisch, aber 77,2 Prozent der Bevölkerung leben in städtischen Gebieten. Die Bevölkerungsdichte in den USA beträgt nur 77,7 Menschen pro Quadratmeile, verglichen mit 629,4 Menschen pro Quadratmeile in Großbritannien. Der Grund, warum die Umweltlobby in den USA seit den 1970er Jahren so erfolgreich war, liegt darin, dass die Gerichte bei der Beurteilung von Eigentumsrechten im Allgemeinen zugunsten des Vorrangs der öffentlichen Nutzung entschieden haben. Im Geiste Rousseaus stützte der Bericht „Use of Land“ von 1972 die Prämisse, dass die Entwicklungsrechte privater Grundstückseigentümer von der Regierung geahndet werden sollten. Umweltschutzgebiete würden „nicht durch Kauf, sondern durch die Polizeigewalt der Bundesregierung“ geschützt. Im folgenden Jahr wurde der Endangered Species Act verabschiedet, eine wichtige Waffe zur Einschränkung von Eigentumsrechten. Die Plünderung der ländlichen Gebiete Amerikas ist so schlimm geworden, dass ein Leitartikel des Wall Street Journals vom 26. Juli 2001 sie als „ländliche Säuberung“ bezeichnete. Das Wall Street Journal zitiert den Fall, in dem ein Bundesgericht das Bureau of Reclamation im April 2001 zwang, Bewässerungswasser abzustellen, das unbestreitbar 1400 Bauern des Klamath Basin Irrigation Project gehörte, einem Wassereinzugsgebiet, das sich über die Grenze zwischen Kalifornien und Oregon erstreckt. Die Aktion verwandelte ihr einst üppiges grünes Ackerland in wirbelnden Staub, der an die Tage der Oklahoma Dust Bowl während der Großen Depression der 1930er Jahre erinnerte. Der Rechtsstreit begann 1988, als zwei Saugfische nach dem Endangered Species Act von 1973 als „gefährdet“ eingestuft wurden. Der Silberlachs wurde später als bedrohte Art aufgenommen. Unter Berufung auf den U.S. Endangered Species Act entschied die Bezirksrichterin von Oregon, Ann Aiken, am 6. April 2001 vor einem Bundesgericht, das gesamte Wasser den gefährdeten Arten zu überlassen. Die Entscheidung war das Ergebnis einer Klage des Oregon Natural Resources Council (ONRC).(67)

Das WSJ behauptete: „Das Ziel vieler Umweltgruppen – vom Sierra Club bis zum ONRC – ist nicht mehr der Schutz der Natur. Es geht darum, die Menschen aus dem ländlichen Raum zu vertreiben.“ Genau wie im Beispiel des Klamath-Beckens stellte das WSJ fest:

Die Strategie dieser Umweltgruppen ist fast immer dieselbe: Sie verklagen oder erzwingen, dass die Regierung ländliche Gebiete für die dort lebenden und arbeitenden Menschen gesperrt erklärt. Die Instrumente hierfür sind der Endangered Species Act und lokale Naturschutzgesetze, die meist so vage formuliert sind, dass sie bei ihrer Umsetzung großen Spielraum lassen. In einigen Fällen verlieren die Eigentümer ihr Eigentum sogar ganz. Häufiger ist es das Ziel der Umweltschützer,

Beschränkungen für das Land durchzusetzen, die es entweder unbenutzbar machen oder die Eigentümer dazu bewegen, es von sich aus zu verlassen.

Der Kongressabgeordnete Richard Pombo beklagt diesen Angriff auf die auf natürlichen Rohstoffen basierenden Industrien Amerikas:

Die von privaten Stiftungen finanzierten Umweltschutzmaßnahmen der Bundesregierung treten Eigentumsrechte mit Füßen. Sie legen die Holzindustrie, den Bergbau sowie die Öl- und Gasindustrie lahm. Diese Maßnahmen schaffen Elend in ländlichen Gebieten, die von der Rohstoffproduktion abhängig sind. Kleine Gemeinden und Familien in ländlichen Gebieten geraten ins Wanken, während Umweltgruppen sechsstelligen Zuschüsse von reichen privaten Stiftungen einstreichen. Warum wird diese Art von Aktivität vom Steuerzahler subventioniert?

Auch die Bundesregierung lenkt den Landraub. Präsident Clinton nutzte den Antiquities Act von 1906, um zig Millionen Hektar Bundesland als Nationaldenkmäler auszuweisen und jede kommerzielle Nutzung zu unterbinden. 1998 initiierte er den Clean Water Action Plan, der Tausende von Meilen Bundesstraßen sperrt und auf Privatland entlang Millionen von Meilen von Bächen und Flüssen Pufferzonen für natürliche Lebensräume einrichtet. (68) Nach der UN-Konferenz über den Menschen und die Biosphäre von 1968 startete die US-Regierung ihr eigenes Programm mit dem Namen The United States Man and the Biosphere Program-U.S. MAB. Derzeit gibt es in Amerika 47 Biosphärenreservate und 20 Welterbestätten, die von der UNO ausgewiesen wurden. Die die Biosphärenreservate/Welterbestätten umgebenden Landkreise sind „Pufferzonen“. Irgendwann wird es keine menschliche Aktivität mehr in der Biosphäre geben, und die Pufferzonen sollen die Biosphären dort schützen, wo menschliche Aktivität nur noch begrenzt ist. (69) Dieser Plan erschien zuerst als Teil des Wildlands-Projekts, eines grandiosen Vorhabens, 50 % der USA in eine von moderner Industrie und Privateigentum gesäuberte Biosphäre zu verwandeln und den Rest in Pufferzonen zu verwandeln. Der US-Senat war 1994 nahe daran, diesen Plan zu billigen, als er die Ratifizierung des UN-Biodiversitätsvertrags in Erwägung zog. In letzter Minute wurde darauf hingewiesen, dass die Studie, auf der der Vertrag beruhte, die Global Biodiversity Assessment von 1994, die Strategie des Wildlands-Projekts billigte. (70) Der Biodiversitätsvertrag schlägt außerdem einen nicht rechenschaftspflichtigen UN-Treuhandrat vor, der jede menschliche Aktivität regulieren soll, die der biologischen Vielfalt potenziell schaden könnte.

Mit 1,8 Millionen Hektar ist Ted Turner, Milliardär und radikaler Umweltschützer, heute der größte Landbesitzer in Amerika. Laut Forbes Magazine

Trotz seines Rufs als eingefleischter Umweltschützer verdient der Kabelpionier viel Geld mit seinem Land. Er verkauft Bisonfleisch an Restaurants (einschließlich seines eigenen). Einige seiner Grundstücke in New Mexico hat er für die Gas- und Kohleförderung geöffnet. Holz wird geerntet und verkauft. Jagd- und Fischereigebühren bringen 5 Millionen Dollar pro Jahr ein. „Ich mache die Dinge so natürlich wie möglich und versuche gleichzeitig, etwas Geld zu verdienen“ (71)

Zersiedelung?

Die wichtigsten Grundsätze der Landnutzung wurden 1976 auf der UN-Konferenz über menschliche Siedlungen (Habitat I) in Vancouver verabschiedet:

Land ... kann nicht als gewöhnliches Vermögen behandelt werden, das von Einzelpersonen kontrolliert wird und dem Druck und der Ineffizienz des Marktes ausgesetzt ist. Privater Landbesitz ist auch ein wichtiges Instrument der Anhäufung und Konzentration von Reichtum und trägt daher zur sozialen Ungerechtigkeit bei ... Eine öffentliche Kontrolle der Landnutzung ist daher unverzichtbar.

Befürworter des „intelligenten Wachstums“ versuchen, Land in seinem natürlichen oder landwirtschaftlichen Zustand zu erhalten, indem sie die Menschen ermutigen, in dichten

Gemeinden zu leben, die kleinere Landflächen pro Wohneinheit einnehmen. Solche Gemeinden ermutigen die Bewohner auch, sich für ihre Fortbewegung eher auf das Gehen oder öffentliche Verkehrsmittel als auf das Auto zu verlassen, und sie vermischen Einzelhandels- und andere kommerzielle Einrichtungen stärker mit Wohneinheiten, um einen einfachen Zugang zu Arbeitsplätzen und Einkaufsmöglichkeiten zu ermöglichen. Die Dichte der durchschnittlichen US-Vorstadtgebiete beträgt 1-3 Wohneinheiten pro Acre. Die Definition der städtischen Effizienz des Sierra Clubs lautet 100 Einheiten pro Acre. Um dieses Ziel zu erreichen, wären jedoch Wohnverhältnisse erforderlich, die 2,4-mal so dicht sind wie ganz Manhattan, doppelt so dicht wie die Innenstadt von Paris und zehnmal so dicht wie San Francisco. Mindestens neunzehn Staaten haben staatliche Wachstumsmanagementgesetze oder Arbeitsgruppen zum Schutz von Ackerland und Freiflächen. Dutzende Städte und Landkreise haben Grenzen für das städtische Wachstum eingeführt, um die Entwicklung einzudämmen und die Ausbreitung der Urbanisierung in Randgebiete und ländliche Gebiete zu verhindern. Portland in Oregon ist ein Modell für intelligentes Wachstum und hat seit den 1970er Jahren die strengsten Planungsgesetze der USA. (72) Das Bundesministerium für Wohnungsbau und Stadtentwicklung (HUD) finanzierte teilweise einen Bericht aus dem Jahr 2002 mit dem Titel „Growing Smart Legislative Guidebook: Model Statutes for Planning and the Management of Change“ der American Planning Association (APA). Dieser Bericht wendet das Prinzip des intelligenten Wachstums nicht nur auf die zukünftige Landnutzung an, sondern auch auf die aktuelle Landnutzung, indem er die Idee der „Amortisierung nicht konformer Nutzungen“ einführt. Dies würde die lokale Regierung dazu zwingen, Grundstücke ohne angemessene Entschädigung zu beschlagnahmen, wenn Grundstückseigentümer es versäumen, die Nutzung ihres Grundstücks an überarbeitete Bebauungspläne oder neue Pläne für ein bestimmtes geographisches Gebiet in der Gemeinde anzupassen. (73)

Regulierung des Konsums

Einer der Schlüsselbegriffe der Agenda für nachhaltige Entwicklung ist der „Faktor 10“. Diese Theorie schlägt eine exponentielle Verringerung des Ressourcenverbrauchs vor, insbesondere in den OECD-Ländern, die ihren Materialverbrauch um 90 % senken müssen. (74) Die Erklärung des Factor Ten Club von 1994 fordert ein Ende des Privateigentums:

Der Prozess der Entmaterialisierung muss ein Umdenken hin zum „Lebenszyklus“-Ansatz beinhalten. Das bedeutet, dass Verbesserungen sich in keiner Weise auf Produkte beschränken, sondern auch Änderungen in der Art und Weise umfassen können und müssen, wie Produkte hergestellt, verpackt, transportiert, verkauft, verwendet, wiederverwendet, kaskadiert, recycelt und entsorgt werden. Nutzungsteilung, Miete, Leasing und Ausleihe sind nur einige Beispiele für Konzepte, die zu einer Reduzierung der Materialflüsse führen.

Es erfordert außerdem eine Erhöhung der Kosten des Kapitals (der natürlichen Ressourcen) im Verhältnis zur Arbeit durch Besteuerung. (75)

Während sich die erste Habitat-Konferenz der Vereinten Nationen im Jahr 1974 mit Fragen der Landnutzung beschäftigte, ging es bei Habitat II im Juni 1996 um Fragen des Verbrauchs. Das Grundthema war, dass die Menschen auf der Welt eine Steuer für die Nutzung oder Erschöpfung eines

Ressource zusätzlich zu der erbrachten Dienstleistung. Wenn Sie also 1,00 \$ pro tausend Kubikfuß für den Wasserverbrauch bezahlen, bedeutet dies, dass Sie 1,00 \$ zusätzlich für die Erschöpfung des verbrauchten Wassers bezahlen sollen. Die Weltbank und der IWF arbeiten daran, eine Formel zu finden, um zu messen, wie viel eine Person bei ihrer Arbeit und zu Hause produziert. Von dieser Summe würden sie dann abziehen, wie viel von den Ressourcen der Erde sie verbraucht, wie Wasser, Energie, Nahrung, Material, Wärme usw. Wenn der Nettobetrag positiv ist, trägt die Person

zu den Ressourcen der Erde bei. Wenn er negativ ist, nimmt sie von den Ressourcen der Erde ab und ist daher ein schlechter Weltbürger. (76)

Die Konferenz identifizierte öffentlich-private Partnerschaften als entscheidend für diese Aufgabe. Die vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) initiierten öffentlich-privaten Partnerschaften für die städtische Umwelt wurden 1996, im Jahr der Habitat-II-Konferenz, betriebsbereit. (77) Sie sind die zentrale sozioökonomische Komponente des globalen Feudalstaates. Während das Eigentum in die Hände einer privaten herrschenden Elite übergeht, wird die Nutzung dieses Eigentums durch die Massen durch eine Vielzahl von Gesetzen geregelt, die den Konsum und die Wahlmöglichkeiten der Verbraucher einschränken.

Wie in Kapitel 6 beschrieben, wurde das Prince of Wales Business Leaders Forum (PWBLF) von Prinz Charles 1990 gegründet, um öffentlich-private Partnerschaften zu fördern. Die offizielle Website des PWBLF verweist ausdrücklich auf die Schlüsselrolle der PPP-Marktregulierung in der Neuen Weltordnung:

Das International Business Leaders Forum ist eine internationale Bildungsorganisation, die 1990 gegründet wurde, um verantwortungsvolle Geschäftspraktiken auf internationaler Ebene zu fördern, die der Wirtschaft und der Gesellschaft zugute kommen und zu einer sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltigen Entwicklung beitragen, insbesondere in neuen und aufstrebenden Marktwirtschaften. Von Anfang an verfolgte das Forum drei Wege:

- in der Argumentation, dass in der neuen Weltordnung [Hervorhebung hinzugefügt] gut geführte und wettbewerbsfähige Unternehmen durch verantwortungsvolle Kerngeschäftspraktiken und Engagement in der Gesellschaft eine positive Rolle bei den Entwicklungsherausforderungen spielen können
- indem sie zeigen, dass Partnerschaften und kollektives Handeln zwar schwierig sind, es in der vernetzten Gesellschaft jedoch von entscheidender Bedeutung ist, unternehmerische Fähigkeiten und Ressourcen mit der Unterstützung der Gemeinschaft und der öffentlichen Rechenschaftspflicht zu kombinieren
- Sie zeigt, dass Ausmaß und wirtschaftliche Ausgrenzung nur durch die Schaffung eines „förderlichen Umfelds“ erreicht werden können, in dem Regierungen, internationale Institutionen und die Medien eine Rolle spielen.(78)

Dies dient der Vorbereitung auf die Zwangsjacke der UN-Umwelt- und Sozialgesetze, die der Weltwirtschaft angelegt werden. Ihr Hauptzweck besteht darin, den Lebensstandard zu senken, die Wahlmöglichkeiten der Verbraucher einzuschränken und Eigentumsrechte zu begrenzen, um die Macht der herrschenden Elite zu stärken.

Der Schwindel um die globale Erwärmung

Obwohl es viele reale und ernsthafte Umweltprobleme gibt, ist die vom Menschen verursachte globale Erwärmung ein konstruiertes politisches Thema. Die mit der globalen Erwärmung verbundenen Weltuntergangsszenarien haben es geschafft, die öffentliche Meinung für eine Reduzierung der industriellen Aktivitäten zu mobilisieren, um die CO₂-Emissionen zu senken. Eine unabhängige Petition des Oregon Institute for Science and Medicine, die von 17.000 unabhängigen Wissenschaftlern unterzeichnet wurde, stellt jedoch fest, dass erhöhte CO₂-Werte keine schädlichen Veränderungen des Klimas oder des Wetters verursachen; im Gegenteil führen sie zu verstärktem Pflanzenwachstum.(79)

Die Propaganda im Stil des Iron Mountain hat in der gesamten entwickelten Welt zu einer Flut von Maßnahmen gegen das Auto geführt. Das private Autofahren gilt als eine der größten

Errungenschaften der persönlichen Freiheit des 20. Jahrhunderts. Nun tun die Eliten alles Mögliche, um diese Freiheit einzuschränken. Eine Kohlenstoffsteuer ist heute einer der wichtigsten Vorschläge der Befürworter einer globalen Besteuerung (80), und die britische Regierung hat bereits Pläne angekündigt, satellitengestützte Fahrzeugüberwachung und Straßenmaut einzuführen (siehe Kapitel 12).

1. Krieg als Mittel der geplanten Verschwendung

Die Blaupause für die wirtschaftliche Zerstörung der USA durch Krieg ist das Strategiepapier mit dem Titel „Rebuilding America's Defenses“, das im Jahr 2000 von der neokonservativen Denkfabrik „Project for the New American Century“ verfasst wurde. (81) Darin wird die Notwendigkeit einer unbestimmten Reihe von Kriegen zum Schutz amerikanischer Interessen anerkannt. Die US-Regierung hat außerdem erklärt, dass der Krieg gegen den Terror möglicherweise nie enden wird. 1984 skizzierte George Orwell den wahren machiavellistischen Zweck des Krieges:

Das Hauptziel der modernen Kriegsführung ... ist es, die Produkte der Maschinerie aufzubrechen, ohne den allgemeinen Lebensstandard zu erhöhen ... Der wesentliche Akt des Krieges ist die Zerstörung. Nicht unbedingt von Menschenleben, sondern von den Produkten menschlicher Arbeit. Krieg ist eine Möglichkeit, Materialien in Stücke zu reißen, in die Stratosphäre zu strömen oder in die Tiefen des Meeres zu versinken, die sonst dazu verwendet werden könnten, den Massen ein zu angenehmes Leben zu ermöglichen ...

Der Bericht vom Iron Mountain wiederholt Orwells Schlussfolgerung:

Die Produktion von Massenvernichtungswaffen wurde immer mit wirtschaftlicher „Verschwendung“ in Verbindung gebracht. Der Begriff ist abwertend, da er ein Funktionsversagen impliziert. Aber keine menschliche Aktivität kann wirklich als verschwenderisch betrachtet werden, wenn sie ihr kontextuelles Ziel erreicht ... Im Fall militärischer „Verschwendung“ gibt es tatsächlich einen größeren sozialen Nutzen. In fortgeschrittenen modernen demokratischen Gesellschaften diene das Kriegssystem als letzte große Absicherung gegen die Eliminierung notwendiger sozialer Klassen ... Die Fortführung des Kriegssystems muss sichergestellt werden, und sei es aus keinem anderen Grund, unter anderem, um die Qualität und das Ausmaß der Armut zu erhalten, die eine Gesellschaft als Anreiz benötigt, sowie um die Stabilität ihrer internen Machtorganisation aufrechtzuerhalten.

1. KRIMINALISIERUNG DER GESELLSCHAFT

Gesamtwirtschaftliche Kosten der Kriminalität

Die Ausgaben der USA für Gefängnisse belaufen sich derzeit auf 46 Milliarden Dollar pro Jahr. Die Gesamtkosten der Kriminalität in Form von Produktivitätsverlusten belaufen sich auf über eine Billion Dollar pro Jahr. (82) Anders ausgedrückt: Der gesamte Produktivitätsverlust durch Kriminalität beträgt 10% des BIP (10,4 Billionen im Jahr 2002). Einschließlich gestohlener Vermögenswerte beträgt die Zahl 1,7 Billionen Dollar. Dies ist kein Zufall. Die Erhöhung der Kriminalitätsrate war in den letzten zwei Jahrzehnten eine bewusste Politik der US-Regierung, und Drogenkriminalität war dabei von zentraler Bedeutung.

DER KRIEG GEGEN DROGEN

Die gesamten wirtschaftlichen Kosten des Drogenmissbrauchs und der Drogenkriminalität in den USA zwischen

Die Kosten für die Jahre 1992 und 2000 werden auf 1,1 Billionen Dollar geschätzt. Sie steigen jedes Jahr von 102 Milliarden Dollar im Jahr 1992 auf 160 Milliarden Dollar im Jahr 2000. (83) 69 Prozent

der Kosten entfallen auf Produktivitätsverluste, 9 Prozent auf Gesundheitskosten. Die größte Einzelursache für Produktivitätsverluste ist die Inhaftierung, die 30 Prozent der Gesamtkosten ausmacht.

DIE KOKAIN-IMPORTAGENTUR (CIA)

Im März 1998 sagte der Generalinspekteur der CIA aus, dass es eine geheime Vereinbarung zwischen der CIA und dem Justizministerium gegeben habe, wonach „die CIA in den Jahren 1982 bis 1995 den Drogenhandel ihrer Agenten dem Justizministerium nicht melden musste.“ (84)(85)

Michael Levine kommentierte: „... für einen ausgebildeten DEA-Agenten bedeutet dies buchstäblich, dass die CIA eine Lizenz zur Behinderung der Justiz in unserem sogenannten Krieg gegen Drogen erhalten hatte; eine Lizenz, die, so behauptet die CIA, von 1982 bis 1995 galt.“ Diese Vereinbarung blieb bis August 1995 in Kraft, als Generalstaatsanwältin Janet Reno die Vereinbarung aufhob. Die Zusammenarbeit der CIA mit verbündeten Drogenhändlern führte zur Bildung einer geschützten Drogenpipeline, was zu einem Anstieg des Angebots und einem Preisverfall führte. Ehemalige DEA-Agenten haben wiederholt darauf hingewiesen, dass 50 bis 70 Prozent des in die USA eingeführten Kokains über Drogenkartelle gelangten, die unter dem Schutz der CIA standen. (86)

Trotz des exponentiellen Anstiegs der Ausgaben für den angeblichen „Krieg gegen Drogen“ sind illegale Drogen billiger und reiner als noch vor zwei Jahrzehnten und weiterhin leicht erhältlich. Zwischen 1981 und 1998 sanken die Preise für Heroin und Kokain stark, während ihr Reinheitsgrad stieg.

DROGENSTRAFTÄTER VERANTWORTLICH FÜR EXPLODIERENDE GEFÄNGNISBEVÖLKERUNG

Im Jahr 2001 schätzte das FBI in seinen Uniform Crime Reports (UCR) die Zahl der Festnahmen auf staatlicher und lokaler Ebene wegen Drogenmissbrauchs in den USA auf 1.586.900. Dies ist ein Anstieg von 200 % gegenüber der halben Million Festnahmen im Jahr 1982, als der Krieg gegen die Drogen begann. Dies entspricht 11,5 % aller Festnahmen. (87) Der Krieg gegen die Drogen hat jedes Jahr zur Festnahme, strafrechtlichen Verfolgung und Inhaftierung von Zehntausenden von Menschen wegen Verbrechen im Zusammenhang mit dem Verkauf, Besitz und Konsum illegaler Drogen geführt. 500.000 Drogentäter sitzen im Gefängnis. Das sind 25 % einer Gefängnisbevölkerung von zwei Millionen. (88)

1986 und 1988 erließ der Kongress Gesetze zur Festlegung von Mindeststrafen, die Richter dazu zwangen, verurteilten Personen feste Strafen zu verhängen, unabhängig von der Schuld oder anderen mildernden Umständen. Die gängigsten Mindeststrafen betragen 5 oder 10 Jahre und richten sich nach dem Gewicht der Droge oder dem Vorhandensein einer Schusswaffe. Der einfache Besitz einer beliebigen Menge Kokainpulver durch Erstatteter gilt als Vergehen und wird mit höchstens einem Jahr Gefängnis bestraft, während der einfache Besitz von Crack-Kokain eine Mindeststrafe von fünf Jahren nach sich zieht. (89) Die durchschnittliche Strafe für einen erstmaligen, nicht gewalttätigen Drogentäter ist länger als die durchschnittliche Strafe für Vergewaltigung, Kindesmissbrauch, Bankraub oder Totschlag. (90) Obwohl die Absicht darin bestand, schwere Drogenstrafäter zu bestrafen, hatten die Gesetze den gegenteiligen Effekt: Sie führten zu ungewöhnlich langen Haftstrafen für geringfügige Drogenstrafäter. Die Strafverfolgungsbehörden konzentrieren ihre Bemühungen auf jene kleineren Akteure des Handels, die am leichtesten festgenommen, strafrechtlich verfolgt und bestraft werden können, und nicht auf die Kriminellen mittleren und hohen Niveaus, die die wahren Drahtzieher und Profiteure des Drogenhandels sind und im Tausch gegen Informationen deutlich geringere Gefängnisstrafen erhalten.

Bevor sich das Konzept der Strafmaßrichtlinien jedoch durchsetzen konnte, begannen die

Gesetzgeber der Bundesstaaten, verbindliche Mindeststrafen für Drogen einzuführen. Dies begann 1973 mit der Verabschiedung der berüchtigten „Rockefeller-Drogengesetze“ in New York (benannt nach dem damaligen Gouverneur Nelson Rockefeller), die für den Verkauf kleiner Mengen von Betäubungsmitteln eine obligatorische Gefängnisstrafe von 15 Jahren vorsahen.(91)

Die Gefängniswirtschaft

Durch die Erhöhung der Kriminalitäts- und Gefängnisraten hat die US-Regierung nicht nur den Lebensstandard gesenkt, sondern auch die Grundlagen für die neue Zwangswirtschaft gelegt. Die Warnung aus vergangenen und gegenwärtigen Ereignissen ist, dass private Unternehmen einen wesentlichen Teil ihres Arbeitskräftebedarfs durch Sklavenarbeit decken können. Es ist nichts falsch daran, Gefangene arbeiten zu lassen, solange es sich um echte Kriminelle handelt und grundlegende Menschenrechte gewahrt werden. Doch sowohl im Nazi-Deutschland als auch im heutigen China waren Sklavenarbeiter keine Kriminellen, sondern Staatsfeinde oder Ziel von Völkermord; sie wurden rücksichtslos misshandelt, gefoltert und ermordet. Unter diesen Bedingungen waren private Unternehmen gern bereit, Arbeitskräfte einzusetzen. Aus diesem Grund ist das exponentielle Wachstum der US-Gefängnisbevölkerung, das mit einer Verschlechterung der bürgerlichen Freiheiten einhergeht, Anlass zu ernsthafter Besorgnis. Wenn die Gefängnisarbeit anfängt, eine bedeutende Rolle zu spielen, wie es derzeit in China der Fall ist, hat dies negative Auswirkungen auf die Lohn- und Beschäftigungsniveaus.

Die Zahl der Häftlinge in staatlichen und bundesstaatlichen Gefängnissen hat sich von weniger als 200.000 im Jahr 1970 auf 1.440.655 Ende 2002 mehr als versechsfacht. Weitere 665.475 werden in örtlichen Gefängnissen festgehalten. Am 30. Juni 2002 überstieg die Zahl der Gefängnisinsassen des Landes erstmals in der Geschichte die Marke von 2 Millionen. Ende 2002 saß jeder 143. Amerikaner im Gefängnis, die höchste Inhaftierungsrate der Welt. Die Zahl der Personen auf Bewährung und auf Bewährung ist zusammen mit der Zahl der Insassen in den Anstalten dramatisch gestiegen. Derzeit sind 6,7 Millionen Amerikaner inhaftiert oder auf Bewährung oder auf Bewährung entlassen, ein Anstieg von mehr als 265 Prozent seit 1980.(92)

In Großbritannien betrug die Zahl der Gefängnisinsassen im Jahr 1990 etwa 45.000. Prognosen des britischen Innenministeriums zufolge könnte diese Zahl bis zum Jahr 2009 auf 107.000 ansteigen.(93)

Das 1979 ins Leben gerufene U.S. Federal Prison Industries Enhancement Certification Program gab der Privatwirtschaft grünes Licht, Häftlinge in staatlichen und bundesstaatlichen Gefängnissen zu beschäftigen. Große Unternehmen wie Texas Instruments, Honeywell, Hewlett-Packard, Siemens, Microsoft und Boeing vergeben einige Montagearbeiten im unteren Preissegment an Gefängnisse. Sie können dieselben oder niedrigere Löhne zahlen wie in Mexiko, dürfen aber das Label „Made in USA“ verwenden.(94) (95) Im Juli 2003 wurde Dell Computer Corp. von einer Umweltgruppe gerügt, weil es einen primitiven Recyclingbetrieb betrieb, bei dem Häftlinge giftigen Chemikalien ausgesetzt waren.(96)

NAZI-SKLAVENREISEN

Der Einsatz von Sklavenarbeit durch zwei große deutsche Industriegiganten wurde bei den Nürnberger Prozessen untersucht. I.G. Farben hatte in seinem Werk in Auschwitz schätzungsweise 83.000 Sklaven und Krupp Industries beschäftigte rund 75.000 Sklaven. Das volle Ausmaß der Sklavenarbeit wurde jedoch 1999 ans Licht gebracht, als das American Jewish Committee die Ergebnisse seiner Untersuchungen vorstellte.(97) Große Unternehmen, die von dieser Untersuchung wussten, beauftragten ihre eigenen Historiker, nach Leichen in ihren Kellern zu suchen. Der Firmenhistoriker der Deutschen Bank fand heraus, dass sie den Bau von Auschwitz finanzierte, aus dem Zehntausende Sklaven verschleppt wurden.(98)

Im Februar 1999 legten dreizehn große Konzerne, die Sklavenarbeit eingesetzt hatten, ihre Schuld offen und erklärten sich bereit, einen Entschädigungsfonds für die Opfer einzurichten, um Klagen vorzubeugen: Allianz AG, BASF AG, Bayer AG, BMW AG, DaimlerChrysler AG, Deutsche Bank AG, Degussa-Hüls AG, Dresdner Bank AG, Friedr. Krupp AG, Hoesch-Krupp, Hoechst AG, Siemens AG und Volkswagen AG. Im Dezember 1999 veröffentlichte das American Jewish Committee eine Liste mit 257 Unternehmen, die Sklavenarbeit eingesetzt hatten. Mehr als 50 Unternehmen auf der ersten Liste des AJC mit 257 Firmen, darunter die multinationalen Konzerne Shell & DEA Oil GmbH und Ford Motor Co, traten dem allgemeinen Entschädigungsfonds bei. Zehn Tage nach Veröffentlichung der Liste einigten sich die Verhandlungsführer auf einen Fonds von insgesamt 5,2 Milliarden Dollar. Professor Ulrich Herbert von der Universität Freiburg, ein Experte für nationalsozialistische Sklavenarbeit, weist darauf hin, dass die auf der AJC-Liste aufgeführten Firmen nur einen Bruchteil aller deutschen Unternehmen ausmachen, die Sklaven oder Zwangsarbeiter einsetzten. Tatsächlich setzte praktisch jedes Industrieunternehmen jeglicher Größe in Deutschland Sklaven oder Zwangsarbeiter ein. Die Gesamtzahl der Sklaven wird auf 12 Millionen geschätzt. Deutsche Historiker schätzen, dass von den Tausenden von Unternehmen, die Zwangs- und Sklavenarbeiter einsetzten, mehr als 500 noch immer in Betrieb sind.(99)(100) Der Entschädigungsfonds heißt jetzt Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft und hat den erklärten Zweck,

...die Gewährleistung, dass alle deutschen Unternehmen, einschließlich der ausländischen Tochter- und Muttergesellschaften, vor Klagen im Zusammenhang mit der NS-Zeit geschützt sind und unter den Bedingungen umfassender und dauerhafter Rechtssicherheit auf den internationalen Märkten agieren können. (101)

CHINA

Die Laogai Research Foundation ist eine gemeinnützige Organisation, die sich der Sammlung von Informationen über Chinas riesiges System von Zwangsarbeitslagern widmet. Die Stiftung wurde von Hongda Harry Wu gegründet, der drei Bücher über seine Erfahrungen als chinesischer Gefangener über 19 Jahre geschrieben hat. Derzeit befinden sich schätzungsweise acht Millionen Gefangene in Chinas Sklavenarbeitslagern, die als „Laogai“ bekannt sind. Als Instrument der politischen Unterdrückung dient Laogai dazu, alle Stimmen politischer Andersdenkender in ganz China zum Schweigen zu bringen. Im Laogai werden die Insassen gezwungen, ihre „Verbrechen“ zu gestehen, jegliche parteifeindlichen Ansichten zu verurteilen und sich einem Regime der Umerziehung und Arbeit zu unterwerfen. Obwohl das chinesische Gesetz Folter und den Einsatz von Folter zur Erpressung von Geständnissen verbietet, ist diese Praxis im Laogai nach wie vor weit verbreitet. Jeder in China kann bis zu drei Jahre lang ohne Gerichtsverfahren oder Urteilsverkündung festgehalten werden. Alles, was erforderlich ist, ist die Anweisung eines Beamten des chinesischen Büros für öffentliche Sicherheit. Alle Gefangenen im Laogai werden zur Arbeit gezwungen. Die Arbeitsbedingungen variieren von Region zu Region und von Lager zu Lager. Es gibt viele Berichte über Gefangene, die bis zu 16 bis 18 Stunden am Tag arbeiten, um Arbeitsquoten zu erfüllen, die durch das Vorenthalten von Essensrationen durchgesetzt werden. Gefangene arbeiten außerdem oft unter sehr unsicheren Bedingungen, z. B. in Minen und mit giftigen Chemikalien. Manchmal sind die Bedingungen weniger anstrengend, die Arbeitszeiten sind angemessener und die Behandlung humaner. Gefangene erhalten weder eine Bezahlung für ihre Arbeit noch einen Gewinn aus den von ihnen hergestellten Produkten. Laut dokumentierten Beweisen, die von der Laogai Research Foundation und anderen Menschenrechts- und Medienorganisationen gesammelt wurden, begann die Praxis der Entnahme der Organe hingerichteter Gefangener in China irgendwann in den späten 1970er Jahren. Die Organe, die

Gefangenen entnommen wurden, werden für Transplantationen an privilegierte Chinesen und Ausländer verwendet. Laut den Statistiken von Amnesty International werden in China jedes Jahr mehr Gefangene hingerichtet als im Rest der Welt zusammen.

Der gezielte Einsatz von Zwangsarbeit durch die chinesische Regierung hat ein völlig neues Feld in der chinesischen Wirtschaft hervorgebracht: die Ökonomie der Sklaverei. Ein Theoretiker hat diese Politik in der folgenden Aussage klar definiert:

Die grundlegende Aufgabe unserer Laogai-Einrichtungen ist die Bestrafung und Resozialisierung von Kriminellen. Um ihre Funktion konkret zu definieren, erfüllen sie ihre Aufgaben auf folgende drei Arten: (1) Bestrafung und Überwachung von Kriminellen; (2) Resozialisierung von Kriminellen; (3) Organisation von Kriminellen in Arbeit und Produktion, um so Wohlstand für die Gesellschaft zu schaffen. Unsere Laogai-Einheiten sind sowohl Einrichtungen der Diktatur als auch Sonderbetriebe. - Handbuch zur Strafreform, Justizministerium der VR China, Laogai Bureau, Shaanxi People's Publishers, 1988 (102)

Westliche Unternehmen nutzen heute noch im großen Stil Sklavenarbeit, indem sie mit China Handel treiben. Die USA importieren chinesische Waren im Wert von etwa 70 Milliarden Dollar. (103) Der Import von Waren, die in China unter Zwangsarbeit hergestellt wurden, ist in die USA illegal. Dies ist nach Abschnitt 1307 des Zollgesetzes von 1930 verboten. Demnach ist der Import von Produkten, die ganz oder teilweise durch Gefängnisarbeit jeglicher Art hergestellt wurden, illegal. 1992 wurde die Notwendigkeit deutlich, die Chinesen in dieser Angelegenheit direkt zu konfrontieren, was zur Unterzeichnung eines Dokuments führte, das als „Memorandum of Understanding zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Volksrepublik China über das Verbot des Imports und Exports von Produkten aus Gefängnisarbeit“ bekannt ist. Im jüngsten Menschenrechtsbericht des US-Außenministeriums aus dem Jahr 1999 geben die US-Behörden zu, dass die Durchsetzung des MOU „fast unmöglich“ sei und dass die chinesischen Behörden „nicht kooperativ“ gewesen seien. Wenn ein Produkt als „Made in China“ gekennzeichnet ist, kann dies die Tatsache verbergen, dass es in den Laogai von chinesischen Gefangenen hergestellt wurde. Solange China nicht das Ausmaß seiner Laogai-Produktion offenlegt und US-Unternehmen nicht bereit sind, die Standorte aller ihrer Produktionsstätten in China offenzulegen, kann der westliche Verbraucher nicht sicher sein, dass er nicht finanziell zum Laogai-System beiträgt.

Beispiele hierfür sind Chryslers Joint Venture in China zur Herstellung des Cherokee-Modells namens Beijing Jeep Company und Volkswagens Joint Venture in China zur Herstellung des Santana-Modells namens Shanghai Volkswagen Automobile Company. Die Ermittlungen der Laogai-Stiftung ergaben, dass sie Teile von Gefängnisarbeitern bezogen. (104) Der Erfolg der chinesischen Gefängniswirtschaft wird durch all die „Made in China“-Spielzeuge in unseren Geschäften belegt. Die China National Toy Association (CNTA) ist in Wirklichkeit eine Tarnorganisation für das Laogai-System der Volksbewaffneten Polizei (PAP) und der chinesischen Armee (PLA). (105)

1. KRANKHEIT

Die Gesundheitsausgaben in den USA werden voraussichtlich von 14 Prozent des BIP (2000) (1,42 Billionen Dollar) auf 17 Prozent im Jahr 2011 steigen. (106) Die gesamten Gesundheitsausgaben in der EU betragen durchschnittlich 8 Prozent des BIP. (107) Ihr Marktwert zeigt, dass die Pharmaunternehmen die größten Nutznießer von Krankheiten sind. Als dieser Artikel verfasst wurde, war das britische Unternehmen GlaxoSmithKline das viertgrößte Unternehmen Großbritanniens. Pfizer war das viertgrößte Unternehmen Amerikas und das viertgrößte der Welt. Novartis war das größte Unternehmen der Schweiz und 35 Prozent größer als Nestlé auf dem

zweitplatzierten Platz. Die zehn weltweit größten Pharma- und Gesundheitsunternehmen hatten einen Gesamtmarktwert von 1,1 Billionen Dollar (siehe Kapitel 2).

Was wir hier beobachten, ist einerseits eine Form der Leibeigenschaft durch Krankheit, ein pharmazeutischer Feudalismus. Mit der Zunahme der Krankheiten steigt auch der Preis, den die Gesellschaft an die petrochemischen Zauberer zahlt, die symptomatische Behandlungen anbieten und ihre Macht über die medizinische Forschung missbrauchen, um jede kurative oder vorbeugende Behandlung zu verhindern. Das andere orwellsche wirtschaftliche Ziel der öffentlichen Gesundheitspolitik ist jedoch, uns ärmer zu machen. Nichts illustriert diesen zweiten Punkt besser als das Auftreten extrem behindernder neuer Krankheiten in den 1980er Jahren, die im letzten Kapitel dieses Buches beschrieben werden. Die wirtschaftlichen Folgen der westlichen öffentlichen Gesundheitspolitik werden aus den Statistiken über Behinderung, Arbeitslosigkeit und Gesundheitsausgaben deutlich. Der Prozentsatz der Bevölkerung, der behindert ist, ist in Europa und den USA ähnlich. In der EU sind schätzungsweise 10-20 % der Bevölkerung jedes Landes von Behinderung betroffen, und in Großbritannien und den USA liegt der Behindertenanteil bei jeweils 15 %. (108)(109) So viel zu den medizinischen „Durchbrüchen“ des 20. Jahrhunderts. In Großbritannien sind 3,8 Millionen behinderte Menschen im arbeitsfähigen Alter arbeitslos, das sind 11 % der insgesamt 34 Millionen Menschen im arbeitsfähigen Alter. In den USA sind 13 Millionen behinderte Menschen im arbeitsfähigen Alter arbeitslos, das sind 8,5 % der insgesamt 159 Millionen Menschen im arbeitsfähigen Alter. Die Einkommen von Haushalten mit mindestens einer behinderten Person sind 20 bis 30 % niedriger als die Einkommen aller Haushalte. Für den Vorsitzenden der Federal Reserve Bank, Paul Volcker, und seine Kollegen, die eine erhebliche Verschlechterung des Lebensstandards im Westen fordern, sind diese Statistiken ein Erfolg und kein Versagen des Gesundheitssystems.

ABSCHLUSS

Der Traum vom Wohlstand für alle stirbt weltweit aus. Entwicklungsländer, die noch in den frühen 1980er Jahren eine wachsende Mittelschicht hatten, sind ausgeplündert worden. Fast fünf Milliarden Menschen auf der Erde verfügen nicht über die grundlegenden Eigentumsrechte, die sie im Westen genießen. Gleichzeitig werden die Menschen im Westen von Jahr zu Jahr ärmer. In Großbritannien ist es aufgrund der enormen Steigerung der Immobilienpreise für die meisten jungen Leute unmöglich geworden, ein Eigenheim zu besitzen.

Kapitel 7 Endnoten

1. George Orwell, 1984, Teil 3, Kapitel 2. Vollständiger Text online verfügbar unter http://www.mondopolitico.com/library/1984/1984_c21.htm
2. Sonderbericht: Amerika feiert den Tag der Steuerfreiheit, The Tax Foundation, April 2003. <http://www.taxfoundation.org/SR122.pdf>
3. Jane Hough, The Burden of Taxation, Abteilung Wirtschaftspolitik und Statistik, Bibliothek des Unterhauses, 10. Mai 2001, Ref. 01/51, Anhang.

Siehe <http://www.parliament.uk/commons/lib/research/rp2001/rp01-051.pdf>

1. Technischer Anhang, Website zum Tax Freedom Day.

Siehe <http://www.taxfreedomday.co.uk/technical-appendix.htm>

1. Wie das Vereinigte Königreich im Vergleich abschneidet, Website zum Tax Freedom Day.

Siehe <http://www.taxfreedomday.co.uk/uk-compares.htm>

1. Neue Studie untersucht die Gesamtsteuerbelastung durchschnittlicher amerikanischer Familien, The Tax Foundation,

9. März 2000 <http://www.taxfoundation.org/prmedianfamily.html>

1. Jane Hough, op. cit., S. 21, Tabelle 4
2. Dean Stansel. Die versteckte Steuerlast: Wie die Regierung das Nettoeinkommen senkt, Cato Policy Analysis Nr. 302. 15. April 1998. Siehe <http://www.cato.org/pubs/pas/pa-302.html>
3. Isabelle Joumard. Steuersysteme in den Ländern der Europäischen Union. OECD. Arbeitspapiere der Wirtschaftsabteilung Nr. 301. 29. Juni 2001. Ref. ECO/WKP(2001)27, S. 10-16. Siehe <http://www.oecd.org/dataoecd/4/7/1897173.pdf>
4. Alan Greenspan. Gold and Economic Freedom, The Objectivist, 1966. Siehe <http://www.gold-eagle.com/greenspan041998.html>
5. Ron Paul. Kongressabgeordneter. Rede im Repräsentantenhaus. Geld als moralische Frage, Papiergeld und Tyrannei, 5. September 2003. Siehe <http://www.house.gov/paul/congrec/congrec2003/cr090503.htm>
6. G. Edward Griffin. Das Monster von Jekyll Island. Amerikanische Medien. Vierte Auflage. 2002. Kapitel 3
7. Ebenda, S. 116 und 120
8. Ebenda, S. 115
9. Ebenda, S. 116-119
10. Joseph Stiglitz. Globalisierung und ihre Unzufriedenheit. Penguin Books. 2002. S. 95
11. 2003 World Development Indicators. Die Weltbank. 4.16 Auslandsverschuldung. S. 246 - 249. Siehe

404 Error - Page Not Found

www.worldbank.org www.worldbank.org

1. Die heutigen Bedingungen. Ron Paul, op cit.
<http://www.house.gov/paul/congrec/congrec2003/cr090503.htm>
2. Inflationsraten in den USA, einfache und benutzerfreundliche Rechner-Datenbankanwendungen.

Russell Software Inc. Siehe <http://www.russellsoftware.com/inflarates.htm>

1. Joe Hicks & Grahame Allen. Ein Jahrhundert des Wandels: Trends in der britischen Statistik seit 1900. Abteilung für soziale und allgemeine Statistiken. Bibliothek des Unterhauses.

Siehe <http://www.parliament.uk/commons/lib/research/rp99/rp99-111.pdf>

1. Sliglitz. op. cit., S. 109
2. Ebenda, S. 116-117
3. Geheime Dokumente der Weltbank beschäftigen Argentinien: Alex Jones interviewt Greg Palast.

4. März 2002. Transkript auf der Website von Greg Palast. Siehe

<http://www.gregpalast.com/detail.cfm?artid = 125&row=1>

1. Stiglitz. op. cit., S. 122
2. Griffin. op cit.. Kap. 23
3. Ebenda, S. 487
4. Zinserhöhungsprognose löst Schuldenwarnung aus, BBC, London, 6. November 2003.

Siehe <http://news.bbc.co.uk/1/hi/business/3245969.stm>

5. Website der WTO.

Siehe <http://www.wto.org/english/thewto e/gattmem e.htm>

1. Sir James Goldsmith, Die neue Utopie: GATT und globaler Freihandel, Federal Document Clearing House, Aussage vor dem Kongress,

Senate Commerce GATT Implementation, 5. Oktober 1994. Siehe <http://desip.igc.org/gatt01.html>

1. Robert E. Scott, „Die versteckten Kosten der NAFTA: Handelsabkommen führt in den USA zu Arbeitsplatzverlusten, wachsender Ungleichheit und Lohnunterdrückung“, Economic Policy Institute, April 2001.

Siehe <http://www.epinet.org/content.cfm/briefingpapers nafta01 us>

1. Dean Baker und Mark Weisbrot, Werden uns neue Handelsgewinne reich machen? Eine Einschätzung der voraussichtlichen Gewinne aus neuen Handelsabkommen, Center for Economic Policy and Policy Research

3. Oktober 2001.

Siehe <http://www.cepr.net/will new trade gains make us ric.htm>

1. Lange Schlange vor Drive-in-Suppenküche, Sonderbericht, The Guardian, London, 3. November 2003. Siehe

<http://www.guardian.co.uk/uselections2004/story/0.13918.1076608.00.html>

1. Philipp Harper, Will your job move to India?, MSNBC Money Central, 30. September 2003. Siehe

<http://moneycentral.msn.com/content/invest/extra/P62115.asp>

1. Michelle Kessler und Stephanie Armour. *Der zunehmende Export von Bürojobs gibt Anlass zur Sorge*. USA Today, 10. August 2003. Siehe Kopie auf der Website von The Salt Lake Tribune

<http://www.sltrib.com/2003/Aug/08102003/business/82527.asp>

1. Wut über HSBCs Streichung von 4.000 Arbeitsplätzen in Großbritannien. BBC. London. 17. Oktober 2003. Siehe <http://news.bbc.co.uk/2Zhi/business/3199598.stm>
2. Immigrant Population Climbs to 33 Million, Website der Federation for American Immigration Reform. Oktober 2003. Siehe <http://www.fairus.org/Research/Research.cfm?ID=2186&c=54>
3. Auswirkungen der Einwanderung auf die USA, op cit..

Siehe <http://www.fairus.org/Research/Research.cfm?ID=2174&c=2>

1. John McAuley. Immigrants Keep U.S. Economy Supple, Minnesota Star Tribune. 4. September 2002. Siehe Kopie auf der Website von Numbers USA <http://www.numbersusa.com/text?ID=1259>
2. Anthony Browne. Kosten der Migrationsrevolution, The Times, London, 01. März 2003.

Siehe <http://www.timesonline.co.uk/article/0..630-595093.00.html>

1. Niedrigere Löhne für amerikanische Arbeitnehmer, Federation for American Immigration Reform (F.A.I.R.). Oktober 2002.

Sehen

1. Einwanderungsstudie der National Academy of Sciences, F.A.I.R., Oktober 1997.

Siehe <http://www.fairus.org/ImmigrationIssueCenters/>

[ImmigrationIssueCenters.cfm?ID=1223&c=15](http://www.fairus.org/ImmigrationIssueCenters.cfm?ID=1223&c=15)

1. David Barboza: „Das Profil der Fleischverpacker hängt vom Pool der eingewanderten Arbeitskräfte ab“, New York Times, 21. Dezember 2001.

Siehe Kopie auf der Website von Numbers USA <http://www.numbersusa.com/text?ID=885>

1. Visa für High-Tech-Arbeiter, Website Numbers USA, 2003 <http://www.numbersusa.com/interests/hightech.html>
2. Brian Grow mit Manjeet Kripalani, A Visa Loophole as Big as a Mainframe, BusinessWeek, 10. März 2003. Siehe <http://www.businessweek.com/magazine/>

Inhalt/03 10/b3823111 mz021.htm

1. Deleting American Workers: Abuse of the Temporary Foreign Worker System in the High Tech Industry. Website der Federation for American Immigration Reform, 2003. Siehe <http://www.fairus.org/Research/Research.cfm?ID=1614&c=55>

2. Warum Amnestie nicht die Lösung ist, F.A.I.R. Siehe <http://www.fairus.org/ImmigrationIssueCenters/ImmigrationIssueCenters.cfm?ID=1185&c=13> <http://www.numbersusa.com/interests/amnesty.html>
3. Robert L. Bartley, Offene Nafta-Grenzen? Warum nicht?, Leitartikel des Wall Street Journal, 2. Juli 2001. Siehe http://www.opinion_journal.com/columnists/rbartley/?id=95000738
4. Dane Schiller und Guillermo X. Garcia, Fox feel buoyed by U.S. visit, San Antonio Express-News, 7. November 2003. Siehe <http://news.mysanantonio.com/story.cfm?xla=saen&xlb=180&xlc=1080723>
5. Dan Stein, Warum Legalisierungsprogramme für illegale Einwanderer das Problem nicht lösen werden, 17. Oktober 2003, F.A.I.R. Siehe <http://www.fairus.org/Media/Media.cfm?ID=2253&c=35>
6. Wer sind wir? Website von Migration Watch UK.

Siehe <http://www.migrationwatchuk.org/default.asp?menu=whoweare&page=whoweare.asp>

1. Ebenda, Kernpunkte: Gibt es ein Problem? <http://www.migrationwatchuk.org/default.asp?menu=isthereaprob&page=isthereaproblem.asp>
2. EU-Erweiterung, EU-Website.

Siehe <http://europa.eu.int/comm/enlargement/enlargement.htm>

1. Steve Schifferes, Wer profitiert von der Einwanderung? BBC, London, 17. Juni 2002. Siehe <http://news.bbc.co.uk/2/hi/business/2019385.stm>
2. Eine Übersicht über die Migration im Vereinigten Königreich bietet Migration Watch UK. Siehe <http://www.migrationwatchuk.org/default.asp?menu=overview&page=overview.asp>
3. Anthony Browne, a. a. O.,
4. Ebenda.
5. Sir Andrew Green, „Regierung greift nach Strohhalmen, um Einwanderungspolitik zu rechtfertigen“, The Daily Telegraph, London, 22. September 2003. Siehe Kopie auf der Website von Migration Watch UK.

http://www.migrationwatchuk.org/p_Telegraph_22Sept_2003.asp

1. Green Cross International, gegründet von Michail Gorbatschow. Siehe

[Xoilac TV | Tr?c ti?p bóng ?á Euro HD, Xôi L?c tr?c tuy?n 2024](#)

Xoilac TV trực tiếp bóng đá hôm nay miễn phí, xem bóng đá trực tuyến Xôi Lạc TV tốc độ cao cùng đội ngũ BLV XoilacTV chuyên nghiệp ở các giải Ngoại Hạng Anh,.

www.greencrossinternational.net

1. Dr. Michael Coffman, *Warum Eigentumsrechte wichtig sind*, S. 13-14

Siehe <http://www.discerningtoday.org/PropertyRights3.pdf>

Kurzfassung <http://www.discerningtoday.org/PropertyRights2.pdf>

Siehe auch <http://www.ega.org/>

1. Earth Charter Initiative, Newsflash, Juli 2000. Siehe <http://www.earthcharter.org/news/index.cfm?id=activity=445&actual=0> und <http://www.earthcharter.org/innerpg.cfm?id=page=93><http://www.earthcharter.org/innerpg.cfm?id=menu=38>
2. Coffman, op. cit.,
3. Die Turner Foundation. Siehe <http://www.turnerfoundation.org/news/PRDetail10.asp>
4. NationMaster.com-Enzyklopädie. Siehe <http://www.nationmaster.com/encyclopedia/Prince-Bernhard-of-the-Netherlands>
5. Über WWF, WWF-Website. Siehe <http://www.wwf.ru/pskov/eng/aboutwwf/aboutwwf.htm>
6. Interview mit Prinz Philip, Website der Alliance of Religions and Conservations. Siehe <http://www.arcworld.org/news.asp?pageID=1>
7. Wer sind wir und wofür stehen wir? Website des International Business Leaders Forum.

Siehe <http://www.iblfi.org/csr/CSRWebAssist.nsf/content/g1.html>

1. Coffman op. cit., S. 8

68 Dr. Michael Coffman, *Globalizing Mining in America*, Mining Voice Magazine Band 6 (2):26-35.

Siehe http://www.discerningtoday.org/globalizing_america.htm

1. Joan M Veon, *Tyrannie unter einem anderen Namen – Schutz der Umwelt*. Siehe <http://www.womensgroup.org/TRYANNY.html#SOFC>
2. Coffman op. cit.,
3. Monte Burke und William P. Barrett, *This Land Is My Land*, Forbes Magazine, 6. Oktober 2003. Siehe http://www.forbes.com/free_forbes/2003/1006/050.html
4. Dr. Michael Coffman, *The Smart Growth Fraud*, NewsWithViews.com, 15. Juli 2003. Siehe

[Michael Coffman -- The Smart Growth Fraud](#)

1. Wendell Cox, *Forfeiting the American Dream: The HUD-Funded Smart Growth Guidebook's Attack on Homeownership*, Hintergrundbericht Nr. 1565, The Heritage Foundation, 2. Juli 2002. Siehe
2. Konzepte, Instrumente für den Wandel, Internationales Institut für Nachhaltige

Development, Kanada. Siehe <http://www.iisd.org/susprod/principles.htm>

1. Erklärung des Factor Ten Clubs von 1994. Siehe <http://www.techfak.uni-bielefeld.de/~walter/f10/declaration94.html>
2. Joan Veon, op. cit.
3. Öffentlich-private Partnerschaft für die städtische Umwelt, UN-Ministerium für soziale

Wirtschaftsangelegenheiten, Abteilung für nachhaltige Entwicklung. Siehe

<http://www.unece.org/operact/ppp/introduction.htm>

1. Mission, Strategie und Unterscheidungsmerkmale, International Business Leaders

Forum. Siehe <http://www.iblf.org/csr/csrwebassist.nsf/content/f1a2a3.html>

1. Global Warming Petition, Oregon Institute for Science and Medicine. Siehe <http://www.oism.org/pproject/s33p37.htm>
2. James A. Paul und Katarina Wahlberg, Globale Steuern für globale Prioritäten, Globale Politik

Forum and the Heinrich Böll Foundation, March 2002. See

<http://www.globalpolicy.org/soecon/glotax/general/glotaxpaper.htm>

1. Wiederaufbau der amerikanischen Verteidigung, Project For the New American Century, 2000. Siehe <http://www.newamericancentury.org/>
2. David Anderson, *Die Gesamtbelastung durch Kriminalität*, *Journal of Law and Economics*,

Januar 1999. Siehe http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=147911 und

Zusammenfassung bei David A Anderson http://www.argmax.com/mt_blog/archive/000260.php

1. Die wirtschaftlichen Kosten des Drogenmissbrauchs in den Vereinigten Staaten 1992-1998, Executive Office

des Präsidenten, Office of National Drug Control Policy, Washington, D.C. 20503, September 2001. Siehe

http://virlib.nc_irs.org/more.asp?category=51&subcategory=129 und

http://www.whitehousedrugpolicy.gov/publications/pdf/economic_costs98.pdf

1. Lisa Ronthal, CIA gibt Drogenhandel zu, Vertuschung, WorldNetDaily.com, 27. Okt. 1998.

Siehe http://www.worldnetdaily.com/news/article.asp?ARTICLE_ID=20384

1. Vorwürfe über Verbindungen zwischen der CIA und den Contras im Kokainhandel

an die Vereinigten Staaten: Bericht des CIA-Generalinspektors (96-0143-IG). Siehe

[Website Disabled](#)

1. Die CIA und Drogen, siehe <http://ciadrugs.homestead.com/files/outline.html#intro>
2. Fakten zu Drogen und Kriminalität, US-Justizministerium, Bureau of Justice Statistics. Siehe <http://www.oip.usdoj.gov/bis/dcf/enforce.htm>

3. Ökonomische Folgen des Krieges gegen Drogen, The Drug Policy Alliance. Siehe http://www.drugpolicy.org/library/factsheets/economiccons/fact_economic.cfm
4. Verurteilung wegen Crack vs. Kokainpulver, Familien gegen Mindeststrafen. http://www.famm.org/si_crack_powder_sentencing.htm
5. Obligatorische Verurteilung, The Drug Policy Alliance. Siehe <http://www.drugpolicy.org/library/>

Factsheets/Pflichtangaben Factsheet-Bibliothek.cfm

1. Geschichte obligatorischer Strafen, Familien gegen obligatorische Mindeststrafen. Siehe http://www.famm.org/si_history_of_mandatory.htm
2. Drug Policy and The Criminal Justice System, 2001, The Sentencing Project, Washington D.C. Siehe <http://www.sentencingproject.org/pdfs/1035.pdf>
3. Rachel Cuncell und John Simes, Projections of long term trends in the prison population to 2009 England and Wales, Home Office, 9. Dezember 2002. Siehe <http://www.homeoffice.gov.uk/rds/pdfs2/hosb1402.pdf>
4. Jennifer Sullivan, Im Inneren für den Einsatz im Außenbereich gemacht, Wired News, 02. Dezember.

1. Siehe <http://www.wired.com/news/business/0.1367,8867.00.html>

1. Sklaverei mit einem neuen Namen, Prison Activist Resource Center, Kalifornien. Siehe <http://prisonactivist.org/factsheets/pic.pdf>
2. David Koenig, Dell schließt Recyclingunternehmen, das Häftlingsarbeit einsetzte, San Francisco Chronicle, 3. Juli 1997

<http://www.sfgate.com/cgi-bin/article.cgi?file=/news/archive/2003/07/03/national1638EDT0671.DTL>

1. American Jewish Committee. Siehe <http://www.aic.org/>
2. Thane Peterson und Joan Warner Holocaust Reparations: German CEOs Unlock Their Vaults, Business Week Online, 22. Februar 1999. Siehe http://www.businessweek.com/1999/99_08/b3617102.htm
3. Carol J. Williams, Unternehmensgewinne: Fortune 500-Unternehmen profitieren von der Sklavenarbeit der Nazis,

Los Angeles Times, 8. Dezember 1999.

Siehe Kopie unter <http://www.worldfreeinternet.net/news/nws187.htm>

1. Hagalil.com <http://www.hagalil.com/shoah/zwangsarbeit/aic-liste.htm>
2. Mitglieder, Lenkungsreis der Initiative der Stiftung der deutschen Wirtschaft.

Siehe Mitglieder <http://www.stiftungsinitiative.de/eindex.html>

1. FAQs, Die Laogai Forschungsstiftung <http://www.laogai.org/en/aboutlg.html>
2. Kongressabgeordneter Sherrod Brown, Brown erhält im Repräsentantenhaus die Zustimmung zu einer Maßnahme zur Durchsetzung des Verbots von

Waren, die durch Sklavenarbeit hergestellt werden, Pressemitteilung, 13. Juli 2000.

Siehe <http://www.house.gov/sherrodbrown/labor713.html>

1. Unmoralisch und illegal, The Laogai Research Foundation, Fall Nr. 2: Gefängnis Nummer 3 der Provinz Shanxi (auch bekannt als Shanxi Linfen Automobile Manufacturing Plant).

Siehe <http://www.laogai.org/reports/immoral.htm>

2. Charles Smith, GI Joe und der chinesische Sklavenhandel, WorldNetDaily.com, 8. September

1. Siehe http://www.worldnetdaily.com/news/article.asp?ARTICLE_ID=20477

1. Marc Leduc, *Healing Daily.com*.

Siehe <http://www.healingdaily.com/conditions/health-spending.htm>

1. *Psychische Gesundheitsprobleme in den Mainstream einer gesundheitsbewussten Gesellschaft bringen,*

Revision #1

Created 14 October 2025 14:42:25 by investigatione

Updated 14 October 2025 14:42:48 by investigatione